

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

169 · November 2004

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

## *Aus dem Inhalt*

VorSatz	963
Essay	
KURT PÄTZOLD Paris in den Zeiten der Erbfeindschaft	965
Gesellschaft – Analyse & Alternativen	
RAINER RILLING Über starke Ökonomie und starke Politik	975
KLAUS-RAINER RUPP Das TAMARA-Projekt	986

# VorSatz

*Wenn dieses Heft von »UTOPIE kreativ« in den Druck geht, ist das Europäische Sozialforum in London bereits wieder Vergangenheit. Vom 14. bis 17. Oktober haben sich dort zum dritten Mal nach Florenz 2002 und Paris 2003 zehntausende Menschen aus ganz Europa zusammengefunden, um über Fragen der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit, der Geschlechterverhältnisse, der ethnischen Gleichstellung, des Kampfes gegen jede Form von Diskriminierung, der Friedenssicherung und eines Prozesses zu diskutieren, den man als »Globalisierung von unten« bezeichnen kann. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums kommen aus verschiedensten sozialen Bewegungen, Verbänden, Initiativen; sie sind möglicherweise Mitglieder von Parteien, obwohl Parteien selbst nicht handelnde Subjekte dieses Forums sind; und möglicherweise sind sie auch ganz auf eigenes, mit keiner Organisation verbundenes Ticket angereist. Was sie alle eint, ist der Wunsch, einen offenen Raum vorzufinden, in dem sie ihre Ansichten und Erfahrungen mit den Ansichten und Erfahrungen anderer austauschen können; ist das Bedürfnis, ein reichhaltiges Programm von Seminaren und Podiumsdebatten zu politischen Themen mitzugestalten; und ist der Wunsch, an einer Abschlußmanifestation teilzunehmen, die ein Gefühl der Gemeinsamkeit der politischen Ziele über viele Ländergrenzen hinweg vermittelt, das man mitnehmen kann in die Aktivitäten zu Hause.*

*Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist beim Europäischen Sozialforum (ESF) wie auch beim Weltsocialforum (WSF) – das letztere traf sich 2001, 2002 und 2003 in Porto Alegre in Brasilien, 2004 in Mumbai in Indien und wird sich im Januar 2005 erneut in Porto Alegre treffen – mit Angeboten der politischen Bildung vertreten. Dabei geht es zum Beispiel um die Frage der »Neuerfindung der Linken«, ihres Kampfes um Hegemonie und um Projekte des Einstiegs in eine Transformation, die über den Kapitalismus hinausweist. Fortgesetzt wird eine Seminarreihe über den Umgang der Gesellschaft mit den Öffentlichen Gütern: über die Folgen der kommunalen, nationalen und internationalen Privatisierung dieser Güter und über Wege zur Bewahrung oder Wiedergewinnung öffentlicher Kontrolle und Teilhabe. Andere Angebotsschwerpunkte liegen in der Gender- und Queer-Thematik und in der Thematik der Friedenssicherung und Konfliktbeilegung.*

*Aber damit nicht genug. Zwischen dem WSF in Mumbai im Januar 2004 und dem ESF in London im Oktober hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung die deutschsprachige Fassung eines Buches produziert, in*

dem so ausführlich wie noch nie zuvor die Entwicklung des WSF insgesamt dargestellt wird. »World Social Forum: Challenging Empires« heißt das bei der Viveka-Stiftung in New Delhi (Indien) erschienene, von Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen und Peter Waterman herausgegebene Original. »Eine andere Welt. Das Weltsozialforum« heißt die deutsche Ausgabe. Mehr als 40 Autorinnen und Autoren aus vielen Ländern der Welt beschreiben und kommentieren den Weg, den das WSF bisher gegangen ist. Sie bleiben bei der Beschreibung nicht stehen, sondern üben Kritik, unterbreiten Vorschläge, schildern regionale und lokale Aktivitäten – und erörtern mit höchstem Anspruch historische und philosophische Aspekte dieses alternativen Globalisierungsprozesses. Darüber hinaus enthält der Band eine Reihe der wichtigsten Dokumente, die zum WSF gehören.

»UTOPIE kreativ« präsentiert im vorliegenden Heft vier Aufsätze aus diesem Band. Hilary Wainwright schildert in »Das Forum als Jazz« einige »innere« Entwicklungsprobleme des Forums. Michael Löwy stellt die Frage, ob das WSF sich zu einer neuen (fünften) Internationale entwickeln könnte. Boaventura de Sousa Santos entwickelt – an Ernst Bloch anknüpfend – seine Vorstellungen vom WSF als kritischer Utopie, als »Epistemologie des Südens« und als »politisches Aufkommen«. Arturo Escobar nutzt Kategorien der Komplexitätstheorie wie Selbstorganisation, Nichtlinearität und Nicht-Hierarchie zur Untersuchung der Entwicklung der globalen Bewegungen und des Cyberraums.

Spätestens hier wird klar: Beim WSF und ESF geht es um weit mehr als nur um die eine oder andere Form neuen sozialen Engagements. Es geht um ein so noch nie gehabt internationales Netzwerk sozialer Bewegungen. Es geht um – auch wenn der Begriff ein wenig aus der Mode gekommen ist – »neues Denken«. Es geht um die Kraft politischer Utopie. Es geht um nicht nur punktuelle, sondern komplexe Alternativen zur neoliberalen Globalisierung.

Es geht mithin um einen Prozeß, dem sich auch die demnächst 15 Jahre alt werdende Partei des Demokratischen Sozialismus nicht verschließen darf. Gerade erst – am 19. September – hat sie bei den Landtagswahlen in Brandenburg erfahren müssen, dass auch ein mit Rekordergebnis von 28 Prozent der Wählerstimmen gewonnener klarer zweiter Platz die mit jeweils 7 Prozentpunkten Verlust belasteten Parteien SPD (31,9 Prozent) und CDU (19,7 Prozent) nicht daran hindert hat, erneut eine Koalition zu bilden und alle im Wahlergebnis sich ausdrückende Hoffnung auf einen Politikwechsel in den Wind zu schlagen.

Wirkliche Veränderung braucht noch viel stärkeren Druck von außerhalb der Parlamente. Sich dieser Herausforderung mit »neuem Denken« und verändertem, auch wieder visionsgeleitetem Handeln zu stellen ist für die demokratischen Sozialisten ein Gebot der Stunde.

WOLFRAM ADOLPHI

KURT PÄTZOLD

## Paris in den Zeiten der Erbfeindschaft

»Ich will den Hass gegen die Franzosen nicht bloß für diesen Krieg, ich will ihn für lange Zeit. Ich will ihn für immer ... Dieser Hass glühe als Religion des deutschen Volkes ...« schrieb Ernst Moritz Arndt 1813 und reimte *Das ist des Deutschen Vaterland, wo Zorn vertilgt den welschen Tand, wo jeder Franzmann heißet Feind ...* Das war eine, aber wohl die prominenteste und in keiner Sammlung deutscher Patrioten- und Kriegsliteratur fehlende Aufforderung, die aus den Jahren der napoleonischen Besetzung herrührende Feindschaft gegen Frankreich von Generation zu Generation weiter zu geben. Es war die Forderung nach Erbfeindschaftspflege, die nicht nur eine äußere Funktion besaß, sondern zugleich eine Barriere gegen das Eindringen französischer Einflüsse und Erfahrungen darstellte, denn deren wichtigste war die Revolution der Franzosen von 1789. Entsprechend die Hoffnung des Karl Marx, dass eines Tages das Schmettern des »gallischen Hahns« Europa wachkrähen und auch den deutschen Auferstehungstag verkünden werde.<sup>1</sup>

Ein Jahr, nachdem Arndt seine Tirade wider die westlichen Nachbarn geschrieben hatte, standen preußische Truppen unter dem Kommando Leberecht von Blüchers gemeinsam mit russischen, die Michael Andreas Barclay de Tolly befehligte, vor Paris, insgesamt etwa 100 000 Bewaffnete. Man schrieb den 29. März 1814. Tags darauf, am 30. März, kam es zu kurzem Kampf mit den Truppen der Provisorischen Regierung, aber schon gegen Abend zu deren Kapitulation. Die Einnahme der Stadt war erleichtert durch den Abfall Marschall Marmonts.<sup>2</sup> Mit 36 000 Mann rückten Zar Alexander I. von Russland am 31. März und nach ihm Friedrich Wilhelm III., König von Preußen, mit den jeweiligen Gardien in die Stadt ein. Die Royalisten jubelten und die Mehrheit der Einwohner war der Kriege und ihrer Lasten müde und fragte sich, ob die Sieger nun Rache für Moskau nehmen würden. Am 10. April gab es vor den Majestäten auf dem Marsfeld einen Appell der Sieger. Napoleon I., vom Senat, der eine »Provisorische Regierung« gebildet und Talleyrand an deren Spitze gesetzt hatte, am 1. April bereits für abgesetzt erklärt, gab die Idee einer Rückeroberung von Paris auf. Er war auf der Verliererstraße und erklärte seinen Thronverzicht. Die Besatzungszeit endete für die Pariser erst am 1. Juni 1814, nachdem am vorausgegangenen Tage die Friedensverhandlungen abgeschlossen worden waren. Am 3. Juni begab sich auch der »Zar der Zaren«, Alexander I., aus Frankreich auf die Rückreise gen Osten. Jedoch: die Feiern des »herrlichsten von Helden errungenen Sieges über den Welttyran-

Kurt Pätzold – Jg. 1930, Prof. Dr., Historiker, Arbeiten über Faschismus, Antisemitismus und Judenverfolgung, u. a. Hitler- und Heß-Biographie sowie »Schlagwörter und Schlachtrufe« (2 Bände – alle zusammen mit Manfred Weißbecker

1 MEW, Bd. 6, S. 7-12.

2 Die Truppen Auguste-Frédéric-Louis Viesse de Marmonts waren in der Schlacht bei Fère-Champenoise, 70 km östlich von Paris, am 25. März geschlagen und der Verlauf des Kampfes war auch als Zeichen dafür gedeutet worden, dass die Marschälle und Generale die Sache Napoleons bereits verloren gegeben hatten. Marmont diente später den Bourbonen bis zu deren Sturz in der Julirevolution 1830.

nen«, so zeitgenössische Kennzeichnungen, waren um ein Geringes verfrüht inszeniert, Triumphlieder zu zeitig gedichtet und gesungen worden.

Rascher als wohl von irgendeinem Zeitgenossen gedacht, waren preußische Truppen wieder in Paris. Zuerst war Napoleon I. aus seinem ersten Verbannungsort, der ihm überlassenen Mittelmeerinsel Elba, zurückgekehrt und nach einem Siegeszug von nur zwanzig Tagen am 20. März 1815 wieder in der Hauptstadt eingetroffen. Doch wurde er mit seinen Truppen am 18. Juni 1815 in der Schlacht bei Waterloo besiegt. Die Niederlage war diesmal definitiv. 14 Tage darauf, Napoleon hatte seine zweite Abdankung bereits verkündet, standen die Preußen unter Blücher wieder vor der französischen Hauptstadt. Schon am 30. Juni – 8 Tage zuvor war Napoleons zweite Abdankung erfolgt – hatte Gneisenau an seine Frau geschrieben: »Wir sind in schnellem Fluge bis vor die Tore von Paris gekommen und sind, außer der Hauptstadt und den Festungen, die Herren von Frankreich.« Noch war nicht klar, ob die Stadt nur durch Gewalt in den Besitz der Verbündeten gebracht werden könnte, zumal sich in ihr Kräfte befanden, der Briefschreiber nannte sie den bewaffneten Pöbel und die »Jakobinerrotte«, die bereit waren, sich gegen diese »Befreiung«, welche die erneue Inthronisation der Bourbonen bedeutete, zu wehren. Jedoch wurde sie am 3. Juli nur kurzzeitig umkämpft, dann in einer mit Blücher und Wellington getroffenen Militärkonvention der Abzug der wiederum von Marschall Louis Nicolas Davout befehligten französischen Truppen vereinbart, die sich hinter die Loire zurückzogen. Am 6./7. rückte preußisches und englisches Militär in die Stadt, dem Napoleon-Nachfolger König Ludwig XVIII. den Weg frei machend. Darauf soll am 8. Juli eine Parade der Sieger stattgefunden haben, noch nicht vor der Kulisse des Arc de Triomphe de l’Etoile (heute: Place Charles de Gaulle), dessen Bau auf Napoleons Geheiß nach der Schlacht bei Austerlitz im Jahre 1806 begonnen worden war, der aber erst dreißig Jahre später fertig gestellt wurde. So weit diese Ereignisse vom Beginn des vorvorigen Jahrhunderts auch zurückliegen, an sie wurde kürzlich merkwürdig erinnert. In St. Petersburg eröffnete im dortigen militärhistorischen Museum eine Ausstellung, die aus Anlass des 190. Jahrestages der (ersten) Besetzung von Paris 1814 gezeigt wurde.

55 Jahre später standen deutsche Truppen wieder vor Paris. Danach verkürzten sich die Abstände zwischen den deutsch-französischen Waffengängen. Bis zum nächsten vergingen nur 43 Jahre, dann waren er gar nur knapp 21. Nun leben die Deutschen und die Franzosen schon nahezu sechs Jahrzehnte, ohne aufeinander zu schießen, eine Tatsache, die vor diesem geschichtlichen Hintergrund sich besser noch würdigen lässt. Ja, sie ließe sich uneingeschränkt feiern, hätten die beiden Nationen aufgrund der Entscheidungen ihrer Regierungen nicht kürzlich in Gemeinschaft mit anderen und unter fadenscheinigen Vorwänden Rest-Jugoslawien bekriegt und im Lande mit ihrer überlegenen Militärtechnik nachhaltige Verheerungen angerichtet.

1870 also, um unseren Faden noch einmal aufzunehmen, standen nach dem bei Sedan am 1. September errungenen Sieg und der Gefangennahme Kaiser Napoleons III. am 19. September deutsche

Truppen in Stärke von nahezu 150 000 Infanteristen und Kavalleristen vor Paris. Sie schlossen es anfangs nur locker ein, ohne dass die Belagerten unter dem Festungsgouverneur (seit 17. August 1870) General Louis Jules Trochu, der zugleich Präsident der Regierung der Nationalen Verteidigung war, bei Ausfällen im September und Oktober erfolgreich gewesen wären. Die preußisch-deutsche Streitmacht wurde bis zum 21. Oktober und mit dem Ziel des Sturmes auf die Stadt noch einmal um nahezu 90 000 Mann vermehrt und vor allem mit Belagerungs-(Festungs-)Artillerie ausgerüstet. Bismarck, aus politisch-diplomatischen Erwägungen an der baldigen und vollständigen Niederwerfung Frankreichs interessiert und sich in die Planungen des Generalstabs einmischend, drängte auf den Einsatz der Artillerie und schlug generell eine entschiedenere und brutale Fortsetzung der Kriegshandlungen vor.

Mit dem preußischen Generalleutnant Georg Arnold Karl von Kameke wurde ein Spezialist für den Einsatz des so genannten Ingenieurkorps zum Befehlshaber der Belagerungstruppen ernannt. Ziel des Beschusses, der am 27. Dezember begann und wobei auch so genannte 42-Pfünder verwendet wurden, waren vor allem die Forts, aber auch Wohngebiete der Stadt, die Tote und Verwundete zu beklagen hatte. Regelmäßig erhielt das Hauptquartier Berichte über Ziele, Dauer und die Intensität des Artilleriefeuers.<sup>3</sup> Die Eingeschlossenen, sich in aussichtsloser Lage befindend, versuchten mehrfach aber vergeblich Ausbrüche, hinter denen zudem wenig Entschlossenheit und Zielstrebigkeit stand. Der letzte wurde am 19. Januar 1871 unternommen. Neun Tage später, am 28. Januar, kam es zum Abschluss des Waffenstillstands, dessen Bedingungen Bismarck seit dem 23. Januar mit Jules Favre, dem Außenminister der Provisorischen Regierung, ausgehandelt hatte. Am folgenden Tage besetzten preußisch-deutsche Truppen die Befestigungsanlagen, betraten aber die Stadt zunächst nicht. Bis auf eine Division wurden die gegnerischen Linientruppen entwaffnet, nicht aber die Nationalgarde. Die Artillerie musste den Siegern ausgehändigt werden. Am 26. Februar war auch der Vorfriede ausgehandelt, der für Frankreich den Verlust von Elsass-Lothringen und eine Kriegskontribution bestimmte sowie in Artikel III die Besetzung von erheblichen Teilen des Landes festlegte.

Ohne militärische Notwendigkeit rückten dann doch am 1. März 30 000 Mann des Siegers unter dem General von Kameke in die Stadt und durch den Arc de Triomphe de L'Etoile. Doch wurden, wie Sieger und Besiegte in einem weiteren Übereinkommen bestimmt hatten, nur exakt eingegrenzte Teile der Stadt besetzt, deren westliche, vorwiegend von situierten Bürgern bewohnte, so dass die Truppen mit dem Pariser Proletariat und Kleinbürgertum und mit den bewaffneten Nationalgarden kaum in Berührung kamen. Festgelegt worden war zudem, dass deutschen Soldaten unter der Führung eines Offiziers gestattet sein sollte, im unbesetzten Gebiet die Galerien des Louvre und den Invalidendom zu besuchen. Als das tags darauf eine Gruppe unternahm, kam es in der Bevölkerung zu Unruhe und weitere Unternehmen dieser Art wurden unterlassen. Auch der König von Preußen, Wilhelm I., eben zum deutschen Kaiser ausgerufen, Moltke und Bismarck betraten die Stadt nicht. Seine Majes-

3 Doch ist es schlicht Unsinn, wenn Jörg Friedrich behauptet, Molke hätte die Stadt 1870 »mit Artillerie zerhämmernt«. Jörg Friedrich: *Der Brand*, Berlin 2002, S. 64.

tät hatte sich, aus Versailles kommend, lediglich bis zur Rennbahn von Longchamps im Bois de Boulogne begeben und dort bayerische und preußische Truppen inspiziert und an sich vorbeimarschieren lassen, deren Ziel das Stadtgebiet war. Dessen Besetzung sollte die in Bordeaux tagende, Anfang Februar rasch gewählte Nationalversammlung drängen, die am 26. Februar unterzeichneten Friedenspräliminarien zu akzeptieren. Das tat sie an jenem 1. März auch und so räumten die Truppen die Hauptstadt bereits am 3. März wieder. Sie behielten aber Forts im Osten und Norden der Stadt in ihrem Besitz und damit eine Linie, durch die sie später Regierungstruppen zur Niederschlagung der Pariser Kommune in die Stadt eindringen ließen. Weniger ins Bewusstsein der Öffentlichkeit geriet, dass Bismarck schon vordem angewiesen hatte, private Bankfachleute nach Paris zu entsenden, die als seine Berater und Helfer die technischen Details der französischen Reparationszahlungen regeln sollten.

Am 6. März räumte der preußische Generalstab Versailles, am 12. März verließen das berühmte Schloss auch die deutschen Truppen. Der deutsch-französische Krieg war beendet. Sein diplomatischer Schlussakt fand am 10. Mai 1871 in Frankfurt am Main mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages statt, der alle früheren Abmachungen zu Ungunsten Frankreichs bekräftigte. Am 16. Juni 1871 gab es einen pomphaft gestalteten Einzug der preußischen und weiterer deutscher Truppen in Berlin, deren Zug vom Tempelhofer Feld auf weitem Weg durch das Brandenburger Tor bis zum Schloss und in den Lustgarten führte. Es war ein hochaufwändiges und -kostspieliges Siegesfestspektakel ohne Beispiel, hinter dem die vergleichbaren Kundgebungen im Lustgarten am 21. September 1866 nach dem preußischen Sieg über Österreich verblassten, mit Glockengeläut, Jubelgesängen, Ehrenbogen, Ehrensäulen, Ehrenjungfrauen, Siegesmasten und der Präsentation eroberter Fahnen und Geschütze. Der letzte deutsche Soldat, die Besatzungstruppen hatten sich etappenweise aus dem Lande zurückgezogen, verließ Frankreich am 16. September 1873, nachdem die Kontributionszahlungen vor der Frist vollständig geleistet worden waren.

In den Schlachten des deutsch-französischen Krieges waren auf Seiten der Deutschen 1058 Offiziere und 47320 Unteroffiziere und Soldaten, Gemeine, wie sie damals genannt wurden, umgekommen. Auf die Kämpfe und die Toten wurden noch im Zweiten Weltkrieg in deutschen Schulen rührselige Lieder gelernt und gesungen wie das »Volkslied« *Fern bei Sedan* mit der üblichen Verklärung des Kriegssterbens. In deutschen Dörfern und Gemeinden erinnern bis heute eine Vielzahl von Denkmälern und Gedenktafeln an sie. Mit ihnen erhielt sich über die Wende ins 20. Jahrhundert die Vorstellung von leicht errungenen Siegen und die wurde in die Zukunft projiziert, wie sich im August 1914 zeigte, als die »ins Feld Rückenden« glaubten, sie wären Weihnachten oder schon, wie Kaiser Wilhelm II. versprach, wenn die Blätter fallen, wieder zu Hause.

Dann sollte es wieder nach Paris gehen. Doch der längst fertige und nun modifiziert befolgte Kriegsplan, entworfen von dem 1913 verstorbenen einstigen Generalstabschef Alfred Graf von Schlieffen und unter dessen Namen bekannt, ließ sich nicht verwirklichen. Er hatte vorgesehen, dass die deutsche Streitmacht von Norden her, die

Neutralität Belgiens missachtend, in das Feindesland einfallen, die französische Hauptstadt westlich weit umfassen, die Masse der gegnerischen Streitkräfte im Rücken attackieren, gegen Osten drängen und sie vernichten werde. Durch Belgien kamen die deutschen Eindringlinge, wenn auch langsamer als gedacht, noch voran und veranstalteten ihre Siegesparade in Brüssel. Das Kräfteverhältnis gestaltete sich nach Anfangerfolgen jedoch alsbald planwidrig anders und manifestierte sich im angeblichen »Wunder an der Marne«. Das Ziel der Begierde, das vermeintlich greifbar nahe Paris, aus dem die Regierung am 2. September 1914 bereits nach Bordeaux geflüchtet war, blieb unerreichbar. Dieses Scheitern anderthalb Monate nach Beginn des Krieges erwies sich in den folgenden vier Jahren als unkorrigierbar. Einzig ein deutscher Zeppelin kam am 21. März 1915 noch über das Stadtgebiet und lud seine verheerende Last ab, ohne dass ein militärisches Ziel auch nur hätte ins Visier genommen werden können. Das gleich geschah mittels Flugzeugen zwischen März und September 1918, wobei wegen der verbesserten Abwehr nur eine geringe Zahl der Angreifenden bis in das Stadttinnere vorzudringen vermochte. Anders hingegen der etwa zur gleichen Zeit erfolgende Beschuss des Stadtgebiets mit dem so genannten »Paris-Geschütz«, einer neu entwickelten Waffe der Artillerie, deren Reichweite 130 km betrug, jedoch eine Trefferstreuung besaß, die jedes exakte Zielen unmöglich machte, sodass ihr Einsatz von vornherein nur dem Zweck diene, Furcht, Schrecken und Chaos zu erzeugen, irgendwelche Zerstörungen zu bewirken und Menschen, gleichgültig wen, zu töten.

Auf Jahrzehnte hinaus besaßen Militärtheoretiker und -historiker, namentlich die schließlich unterlegenen und geschlagenen Akteure, und mit ihnen die Stammtischstrategen in Deutschland ihr Thema. Noch jüngst in einer Veröffentlichung des Jahres 1944 erörtert der Autor die Frage, ob 1914 Paris nicht doch hätte eingenommen, der Krieg nicht doch hätte gewonnen werden können. Und die Antwort, die er seinen Lesern gibt, lautet: Ja, vorausgesetzt, die kaiserliche Armee hätte einen wirklichen Feldherren besessen, inspiriert von Heldentum, der alles auf eine Karte gesetzt, das äußerste Abenteuer gewagt haben würde. So erscheinen der Rückzug der 1. und 2. Armee als das Ergebnis einer Fehlentscheidung und nicht als das einer Fehlrechnung, die bereits in sich abenteuerlich war, und als das Resultat eines militärischen Denkens und Planens, das keine Alternative kannte und vorsah. Knapp fünf Jahre später hatte das Deutsche Reich nahe Paris, im Schloss von Versailles, die Niederlage zu quittieren. Wohin sich in Deutschland das Denken vieler in den folgenden Jahren der Republik entwickelte, das charakterisierte Heinrich Mann in seiner Ende 1932 erschienenen Schrift »Bekenntnis zum Übernationalen«: Der Nationalhass gegen Frankreich wäre früher maßvoll gewesen, »verglichen mit dem, der jetzt in den künstlich verdunkelten Köpfen fest sitzt.«<sup>4</sup>

Am 3. September 1939 befanden sich Deutschland und Frankreich wieder im Kriegszustand, nachdem die Regierung in Paris gemeinsam mit der in London auf den Einfall der Wehrmacht in Polen mit einem Ultimatum und dann mit der Kriegserklärung geantwortet hatten. Diesem »Fall« hatten die Spitzen der deutschen Generalität

4 Heinrich Mann: Der Haß. Deutsche Zeitgeschichte. Mit einem Nachwort von Werner Herden, Berlin und Weimar 1983, S. 20.

mit Unbehagen entgegen gesehen. Und nach dem »Blitzkrieg« gegen Polen fürchteten viele und gerade entscheidende Militärs, dass eine Offensive an der Westfront zu keinem anderen Ergebnis führen werde wie jene dem modifizierten Schlieffen-Plan folgende von 1914. Die Erfahrungen, die sie im Ersten Weltkrieg, damals noch auf unteren Rangstufen des Offizierskorps gemacht hatten, Erlebnisse, die sich mit Namen und Begriffen wie Marne, Somme, Flandern, Verdun verbanden, saßen tief und hemmten die Angriffslust. Zwei der drei Generale, die im Frühjahr 1940 auf den Schlachtfeldern Westeuropas siegten, suchten über den Heereschef Walther von Brauchitsch Hitler zu bewegen, auf ein Abenteuer zu verzichten, das, so meinten sie, nach Geländegewinn, wieder nur in einem Stellungskrieg enden werde.

- Das war vergessen, als am 14. Juni 1940 in einer Sondermeldung des OKW bekannt gegeben werden konnte: »Soeben findet der Einmarsch der siegreichen deutschen Truppen (es waren die der 18. Armee unter dem Befehl des Generals der Artillerie Georg von Küchler, der es später bis zum Generalfeldmarschall brachte) in Paris statt.«<sup>5</sup> Von Küchler nahm gemeinsam mit Fedor von Bock, dem Oberbefehlshaber der deutschen Heeresgruppe B, auch eine Parade ab, die in der Nähe des Arc de Triomphe – und, dies gewiss nicht zufällig, entlang der Avenue Foch – inszeniert wurde. Der Oberkommandierende der französischen Truppen, General Maxime Weygand, einer der »Helden Frankreichs« im Ersten Weltkrieg, hatte Paris zur offenen Stadt erklärt. Zuvor hatten sich, beginnend mit dem 3. Juni, deutsche Luftangriffe auf Industrieanlagen und Vororte der Metropole gerichtet, bei einem von ihnen war auch die Frau des deutschen Schriftstellers Bruno Frei umgekommen. Anna Seghers, die aus der Stadt geflohen war, im Chaos aber schließlich in sie zurückkehrte, schrieb von »einer schrecklichen Woche«. Im OKW-Bericht vom 15. Juni hieß es, die Stadt sei von deutschen Truppen »besetzt und durchschritten« worden. Triumph sprach aus dem Satz: »Über dem Schloss von Versailles, in dem 1871 deutsches Schicksal gestaltet und 1919 deutsche Schmach besiegelt wurde, weht die Reichskriegsflagge.«<sup>6</sup> Und welche Erleichterung lässt sich aus einer weiteren Sondermeldung des gleichen Tages ablesen: »Stadt und Zitadelle der im Weltkrieg schwer umkämpften Festung Verdun (sind) von uns genommen.«<sup>7</sup> Am 18. Juni erklärte Winston Churchill im Parlament, die Niederlage unumwunden bekannt gebend, was General Weygand die Schlacht um Frankreich genannt habe, sei vorüber, aber die um Großbritannien habe erst begonnen.

- Hitler verzichtete, anders als vordem im eroberten Warschau, wo er am 5. Oktober 1939 eine Siegesparade abgenommen hatte, auf eine ähnliche Veranstaltung in Paris, obwohl er, glaubt man den Erinnerungen Speers,<sup>8</sup> den Gedanken erwogen und mit dem Oberst Hans Speidel, der ihn während seines am 23. Juni nur wenige Stunden dauernden Besuches in der eroberten Stadt begleitete, auch erwogen haben soll. Diese Blitzvisite gemeinsam mit den Architekten Albert Speer und Hermann Giesler sowie dem Bildhauer Arno Breker führte ihn zum Gebäude der Großen Oper, entlang der Champs Élysées zum Eiffelturm und Triumphbogen, sodann zum Invalidendom an die Grabstätte Napoleons I. und zum Pantheon und

5 OKW-Berichte I, S. 210.

6 Ebenda, S. 211.

7 Ebenda, S. 213.

8 Albert Speer: Erinnerungen, Berlin 1976 (14. Auflage), S. 186 ff.

abschließend auf den Montmartre zu Sacre Coeur. Auch seinen Leibfotografen hatte Hitler bei sich, der ihn hoch über der Stadt auf dem Montmartre und mit dem Hintergrund des Eiffelturms aufnahm. Letzteres Bild zierte den Einband des bald darauf in Massenaufgabe erscheinenden Bild-Text-Buches *Mit Hitler im Westen*, ein Fotodokument, das einen vermeintlich weltgeschichtlichen Moment festhalten sollte. Nur Tage nach seinem »Führer« reiste auch Goebbels in die besetzte französische Hauptstadt, dort auf Hitlers Spuren die Stadt besichtigend und nicht anders wie dieser sie mit dem Gedanken verlassend, was geschehen müsse, um die Reichshauptstadt anziehender noch als die Metropole Frankreichs zu machen. »Was« – stöhnte Goebbels gleichsam vor sich hin – »müssen wir noch aus Berlin machen!«<sup>9</sup>

Eine Parade großen Stils, mit der Militärs wohl rechneten, fand in Paris indessen nicht statt. Für diesen Fall war von deutschen Offizieren vage ein Attentat erwogen worden, das den auf der Tribüne postierten »Führer« töten sollte. Ungewiss ist, ob das Militärspektakel wegen befürchteter britischer Luftangriffe unterblieb oder weil nicht der verfrühte Eindruck des Kriegsendes hervorgerufen werden sollte. Goebbels hatte sich nach einer Nachricht vom »Führer« sogar schon einen Termin, den 28. Juni, dafür notiert; erfuhr später aber in einem Gespräch mit Göring, dass der von der Absicht wegen möglicher Luftangriffe nichts hielt,<sup>10</sup> eine Gefahr die nahe lag angesichts der täglichen Angriffe der britischen Luftwaffe auf deutsche Städte, die zwar noch nicht die Wucht späterer Attacken besaßen, aber doch klarmachten, dass dieser Gegner nicht bereit war zu kapitulieren. Es könnte eine solche Demonstration deutschen Triumphes aber auch nicht in das Konzept gepasst haben, in Frankreich Kollaborationswillige mit Einfluss zu gewinnen, im besetzten wie im unbesetzten Teil des Landes Ruhe zu haben, um dessen Kräfte für die Weiterführung des Krieges ausnutzen zu können. Über den Wert von Rüstungswerken wie denen von Citroën, Renault, Schneider-Creuzot und weiteren mussten sich die Eroberer nicht erst vor Ort informieren.

Hitler ließ es bei der Zeremonie der Unterzeichnung des Waffenstillstands am 21./22. Juni 1940 an eben jener Stelle im Walde von Compiègne in der Picardie bewenden, an der am 11. November 1918 deutsche Delegierte die ihnen vom Oberkommandierenden der Alliierten, dem französischen Marschall Ferdinand Foch vorgelegte Urkunde der Kapitulation hatten unterzeichnen müssen. Dort war inzwischen eine Gedenkstätte errichtet worden, die an den französischen Sieg im Ersten Weltkrieg erinnerte. Der geschichtsträchtige Salonwagen wurde als Trophäe nach Berlin gebracht wie einst die Quadriga von Berlin nach Paris.

Die Nachricht, Paris befände sich in deutschem Besitz, so berichteten die Beobachter des Sicherheitsdienstes, »versetzte die Bevölkerung in allen Teilen des Reiches in eine bisher in diesem Maße noch nicht erlebte Begeisterung. Auf vielen Plätzen und Straßen kam es zu lauten Freudenkundgebungen und Begeisterungsszenen.«<sup>11</sup> Victor Klemperer aber notierte in sein Tagebuch, er und die Seinen durchlebten »qualvollste Zeit«.<sup>12</sup> Als Wochen später deutsche Truppen, die am Westfeldzug teilgenommen hatten, in das Reich und ihre

9 Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Hrsgg. von Elke Fröhlich, Teil I: 1923-1941, Bd. 8: April – November 1940, S. 200 und 202, wo der Vorsatz »Umbau von Berlin« genannt wird.

10 Goebbels: Tagebücher, a. a. O., S. 182. Das Gespräch mit Göring fand beim Zusammentreffen in der Reichkanzlei nach der Rückkehr Hitlers aus seinem Hauptquartier im Schwarzwald statt. Goebbels notierte: »Von einer Führerparade will er (Göring, K. P.) nichts wissen, zu leicht englischen Luftangriffen ausgesetzt.« S. 209.

11 Meldungen aus dem Reich, Bd. 4, S. 1261.

12 Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941, Berlin 1995, S. 534.

heimatlichen Garnisonsstädte und Kasernen zurückkehrten, brach dort wiederum hysterischer Siegestaumel aus. Zentrum dieser Veranstaltungen war die Rückkehr Hitlers in die Reichshauptstadt am 6. Juli 1940. In einem vom Propagandaministerium inszenierten Triumphzug fuhr er vom Anhalter Bahnhof in die nahe Reichskanzlei in der Wilhelmstraße, wo sich auf dem gleichnamigen Platz eine jubelnde Menschenmenge drängte. Viele meinten, der Krieg wäre gewonnen und der »Endsieg« errungen, denn auch Großbritannien würde nun kapitulieren müssen. Der Abschlussbericht des OKW über den Feldzug strich die vergleichsweise geringfügigen deutschen Opfer hervor, wobei die Zahlen der Jahre von 1914 bis 1918 mit denen der Monate Mai und Juni 1940 verglichen wurden. 27 074 Tote und 18 346 Vermisste insgesamt also 45 422 Mann eigene Verluste wurden genannt, dazu mehr als 110 000 Verwundete.<sup>13</sup> Nun, hieß es da noch einmal und als wäre der Krieg um dieses Zieles willen geführt worden, sei »die Schmach von Versailles getilgt«.<sup>14</sup> Viel näher an der Wahrheit, nimmt man die Absichten der deutschen Führung, lag Propagandaminister Goebbels mit seiner schon am 16. Juni 1940 vorgenommenen Eintragung in sein Tagebuch: »Die Welt wird neu verteilt ...«<sup>15</sup>

Den überraschenden Sieg feierte auch das bald entstandene Lied des deutschen so genannten Afrika-Korps, es begann mit den Versen: *Über die Schelde die Maas und den Rhein / stießen die Panzer nach Frankreich hinein. / Husaren des Führers im schwarzen Gewand, / so haben sie Frankreich im Sturm überrannt!* Sofort war dem Geschehen auch das Etikett der »größte Feldzug aller Zeiten«<sup>16</sup> aufgeklebt. Von Wilhelm Keitel, dem OKW-Chef, stammt die Charakteristik vom »größten Feldherrn aller Zeiten«. Goebbels notierte in sein Tagebuch, Hitler sei »das größte geschichtliche Genie, das wir je besessen haben«.<sup>17</sup> Es erzeugte nicht nur im Kopfe Hitlers ein Denken, das sich nach der Eroberung von Jugoslawien und Griechenland in dem Satz äußerte: »Dem deutschen Soldaten ist nichts unmöglich.« Die Militärelite an der Wehrmachtsspitze erwies sich als unfähig, zu verstehen, was geschehen war. Wie nach 1918 ihre Vorgänger gegenüber der Herausforderung versagt hatten, sich die Gründe ihres Scheiterns einzugestehen, so diesmal die Nachfolger gegenüber der erneuten, sich die Ursachen ihres Sieges klar zu machen. Letzteres mündete im extremsten Größenwahn mit seinen mörderischen und selbstmörderischen Folgen. Die deutschen Besatzungssoldaten in Paris wie in Frankreich überhaupt mochten sich darüber während der längsten Zeit ihres Dortseins wenig Gedanken machen. Sie waren, namentlich seit massenhaft auf dem Eroberungszug gen Osten gestorben wurde, froh, sich weit vom Schuss zu befinden und mancherlei Privilegien zu genießen. Eine davon hat Bertolt Brecht in seinem berühmten Gedicht vom »Soldatenweib« festgehalten, in dem es in einer Strophe heißt: »Und was bekam des Soldatenweib / Aus der Lichterstadt Paris / Aus Paris bekam sie das seidene Kleid / Zu der Nachbarin Neid das seidene Kleid.«

Fünfundzwanzig Monate waren seit der Besetzung der französischen Hauptstadt vergangen, da klangen die OKW-Berichte anders. Am 25. August 1944 wurden Kämpfe am westlichen Stadtrand von Paris gemeldet, am 26. Straßenkämpfe im Südteil der Stadt, am 28. lautete

13 OKW-Berichte I, S. 244.

14 Ebenda, S. 241

15 Goebbels: Tagebücher, a. a. O., S. 175.

16 OKW-Berichte, a. a. O., S. 241.

17 Goebbels: Tagebücher, a. a. O., S. 106.

die Nachricht, es verteidigen sich noch »zahlreiche deutsche Stützpunkte« in der Stadt. Dass Paris den deutschen Besatzern verloren gegangen war, konnten sich die Hörer und Leser hinzudenken. Dann tauchte der Name der Stadt nur noch in den OKW-Berichten der drei folgenden Tage auf, er bezeichnete nun die Gegend der Rückzugskämpfe.

Was hatte sich tatsächlich ereignet? Mit ihren Offensiven vom 25. und 31. Juli – mit den deutschen Niederlagen in den Kämpfen gegen US-amerikanische Truppen westlich von Saint-Lo und bei Avranches – hatten die Westalliierten die Linien durchbrochen, die von Wehrmachtseinheiten bis dahin gehalten werden konnten und die Geländeten in ihrem Brückenkopf festhalten sollten. Diese Wendung hatte sich abgezeichnet. Es begannen Rückzug und Flucht der deutschen Divisionen und Dienststellen aus Frankreich. In dessen Hauptstadt hatten am 10. August Streiks begonnen, die sich rasch ausweiteten. Am 19. August erhob sich ein Aufstand, an dem verschiedene Widerstandskräfte, unter ihnen auch deutsche Antifaschisten<sup>18</sup> beteiligt waren und der ganze Bezirke der Stadt für die deutschen Besatzer unbretbar und diese zunehmend zu Gefangenen der Situation machten. Hitlers am 23. August erhaltener Befehl,<sup>19</sup> die Stadt und den Brückenkopf über die Seine unter allen Umständen und unter Einsatz brutaler Mittel zu behaupten, war durch die Entwicklung bereits überholt. Am Abend des 24. erreichte die im Verband der von George S. Patton geführten 3. US-amerikanischen Armee kämpfende, dem XV. Korps unter General Wade H. Haislip zugewiesene 2. französische Panzerdivision unter Generalmajor Jacques Leclerc (eigentlich Philippe Francois Marie de Hautecloque), die sich seit dem 1. August auf heimatlichem Boden befand, Paris. Tags darauf war die Stadt befreit. Die Reste der deutschen Besatzung unter General Dietrich von Choltitz, dem der Ruhm des Eroberers von Sewastopol nachging und der – als verlässlich geltend – am 7. August nach dem Attentat in der Wolfsschanze und der Aufdeckung der Verschwörer in Paris, zum Wehrmachtbefehlshaber von Groß-Paris und vier Tage später zudem zum Festungskommandanten der Stadt ernannt worden war, kapitulierten, ohne das befohlene Zerstörungswerk verrichtet zu haben, das unter anderem die mehr als 60 Brücken über die Seine treffen sollte. Über diese Episode hat er schon 1950 in einem Buch ... *brennt Paris* (Mannheim 1950) berichtet, bevor er, schon im Titel ganz dem berechnend-gleichmacherischen Zeitgeist der ersten Nachkriegsjahre verhaftet, seine Erinnerungen *Soldat unter Soldaten* vorlegte.

Charles de Gaulle wurde in Paris am 26. August begeistert begrüßt und sein Einzug bedeutete die Demonstration eines Führungsanspruchs in Nachkriegsfrankreich. Drei Tage später, so den Anteil der US-amerikanischen Truppen an der Befreiung von Paris klarmachend, fand im Stadtzentrum eine Parade der Truppen der 28. Infanterie-Division statt, die von Dwight D. Eisenhower in Anwesenheit der Generale Omar N. Bradley, Leonard T. Gerow, Charles de Gaulle und Leclerc abgenommen wurde. Der geladene britische Feldmarschall Bernhard Law Montgomery ließ mitteilen, er sei zu beschäftigt. Paris feierte die Befreiung nach einer Besatzungszeit, die mehr als vier Jahre gedauert hatte.

18 Deutsche bei Befreiung von Paris. Peter Gingold erinnert sich, in: *antifa*, August/September 2004, S. 22.

19 Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 5, Berlin 1986, S. 667 (dort im Faksimile).

20 Olaf Groehler: Der Luftkrieg, Berlin 1975, S. 450.

Es gehörte zu den Akten blinder Rache, dass am 26./27. August 111 deutsche Bomber des IX. Fliegerkorps die Stadt heimsuchten, wobei 213 Menschen zu Tode kamen. Am 8. September wurden dann auch noch A4-Waffen, die so genannte V1 auf Paris gerichtet und von 21 Raketen erreichten 19 auch ihr Ziel.<sup>20</sup> Die deutschen Truppen wurden auf die Reichsgrenze zurückgeworfen. Französische Einheiten waren an den Kämpfen zur Zerschlagung der Wehrmacht beteiligt. Frankreich erhielt eine eigene Besatzungszone in Südwestdeutschland, wo in Freiburg seine Soldaten am 28. Oktober 1945 vor General de Gaulle paradierten, und es bekam einen Besatzungssektor in Berlin.

RAINER RILLING

# Über starke Ökonomie und starke Politik

Der Neoliberalismus ist die hegemoniale Struktur der Zeit. Er steckt allerdings mittlerweile in einer doppelten Kalamität: Sein ökonomischer record ist für seine Hauptprotagonisten keineswegs überzeugend und legitimationsstark. Die Macht und Kraft seiner noch jüngst so festen ideologischen Rechtfertigungen schwindet daher nicht nur in Lateinamerika, Europa oder auch, auf andere Weise, in Russland. Er hat also ein neues Hegemonieproblem. Zugleich ist der Kampf zwischen seinen Repräsentanten im kapitalistischen Zentrum um den Weg, den er in Zukunft nehmen soll, voll entbrannt: Hier ist der zentrale gegenwärtige Konflikt, ob das Projekt eines *neuimperialen Neoliberalismus* – also eines in sich widersprüchlichen *neoliberalen Empire* und einer nach innen autoritär und nach außen vorwiegend militärisch durchgeführten, konkurrenz- und finanzmarktgetriebenen Globalisierung – innerhalb des globalen neoliberalen Feldes dominant werden kann. Damit ändert sich auch das Reden über die Ordnung der Welt: während in den 90ern die *Globalisierung* das »neutrale« Leitthema in der Politik bzw. den Sozialwissenschaften war und über freundliche *Dritte Wege* oder machtsanfte *Good Governance* räsoniert wurde, sind im Folgejahrzehnt *Empire* und *Imperialismus* wieder legitime oder befragungswürdige Begriffe geworden.

## *Starke Ökonomie: Neoliberalismus*

Der Neoliberalismus ist weder einfach von großen Theoretikern wie Hayek noch von den Ideologen der neoklassischen Chicagoer Schule erfunden, von großen PolitikerInnen wie Thatcher und Reagan durchgesetzt oder durch einen *Washington Konsensus* der kapitalistischen Welteliten besiegelt worden. Es waren nicht Theorien und ökonomische Konzepte, die den Neoliberalismus zur globalen Machtwirklichkeit werden ließen. Ideen blamieren sich bekanntlich, wenn sie ohne die Zuneigung der Wirklichkeit auskommen müssen. Seine Chance auf die *Wirklichkeit* waren die Krise des fordistischen Sozialstaatskapitalismus, der Hegemonieverlust der USA in den 60ern und frühen 70ern und die geduldig machteffiziente Diskurspolitik der neoliberalen Think-Tanks und Netzwerke. Seine Chance zur *Verallgemeinerung* im globalen Rahmen war die Zäsur Mitte der 70er in zahlreichen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, als im Unterschied zu früher der Aufschwung der zyklischen Krise keinen wesentlichen Abbau der Arbeitslosigkeit brachte, die Armut zunahm und eine Situation struktureller Überakkumulation entstand, in welche der Lösungsvorschlag der neoliberalen Konstellation hinein-

Rainer Rilling – Jg. 1945; Prof. Dr., Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hochschul-lehrer für Soziologie an der Universität Marburg. Aktueller Arbeitsschwerpunkt: Internationale Beziehungen, USA, Eigentumstheorie. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Verirrt im Amerika-Diskurs?«, Heft 137 (2002). Homepage: [www.rainer-rilling.de](http://www.rainer-rilling.de)

Beitrag zum Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Reform oder Revolution? Gesellschaftliche Konflikte, Konzepte, Akteure, Strategien des Kampfes gegen den Neoliberalismus«, Rio de Janeiro, Juni/Juli 2004 (gekürzt).

1 Jan Nederveen Pieterse:  
Globalization or Empire?  
New York/London 2004,  
S. 2 ff.

stieß. Seine Chance auf *Hegemonie* endlich kam aus seiner Fähigkeit und Bereitschaft zur Verkoppelung und Bündelung ungewöhnlich unterschiedlicher politisch-sozialer, ideologischer und kultureller Akteure, Strömungen und Kulturen. Die wirkliche materiale Matrix der politischen Ökonomie des tatsächlich existierenden Neoliberalismus und sein starker politischer Muskel aber ist der Süden der USA gewesen. Der Pfad, dem sie folgten, war der Bedingungs- und Machtraum des Militarismus des Kalten Krieges. Insofern ist der Neoliberalismus ein US-amerikanisches Projekt.<sup>1</sup>

Neoliberalismus im mächtigsten Land der Welt bedeutete in den 70ern und 80ern die Durchsetzung des gewerkschaftsfeindlichen, arbeitsintensiven, reaktionären, rassistischen und bürgerrechtsfeindlichen Niedriglohn- und Niedrigsteuermodells der Extraktions- und Ausbeutungsökonomie des amerikanischen Südens, das bereits vor Reagan existierte, von ihm aber in den USA auf nationaler Ebene endgültig durchgesetzt wurde und das im übrigen auch die Bush-Dynastie prägte. Diese Zielkulturen machen den wirtschafts-, sozial- und steuerpolitischen Kern des Neoliberalismus aus. Es waren der *Dixie Capitalism* des Südens der USA, das *Wallstreet-Dollar-Regime* seines Nordens, die staatsverwobene Militärökonomie und Kriegerkultur des *Cold War* und die Ideologen aus der *Mont-Pelerin-Society* oder der Chicago School und ihrer Vorläufer mit ihrer marktenthusiastischen Leitkultur, die den global werdenden Neoliberalismus der 80er und 90er als ein neues politisches Projekt der (*Re-*) *Kommodifizierung und Vermarktlichung aller Lebensbereiche* und damit der Beseitigung der verschiedenen fordistischen Regimes sozialer Sicherheit und solidarischer Integration konfigurierten, dessen Instrumentarien der Privatisierung und Deregulierung seit den 70er Jahren sich auf eine global ansetzende Neuverteilung der Ungleichheit und Macht fokussierten. Die globalräumliche Ungleichheit und ökonomische Hierarchisierung als eigentliche Funktionsvoraussetzung dieser dabei planetar gewordenen kapitalistischen Akkumulation, die zugleich der Boden der Globalisierungskritik ist, reproduziert sich deutlich, nachhaltig und dominant. »Absolute« ökonomische Schranken eines solchen Musters diesseits der Erschöpfung seiner Naturbasis existieren nicht. Die Globalisierung erfolgte im Wesentlichen konkurrenz- und finanzmarktgetrieben und hegemonialpolitisch, also ohne den breitflächigen Einsatz militärischer Mittel zur gezielten Herstellung, Reproduktion und damit Sicherung der Märkte. Dieser Neoliberalismus ist ein Gesellschafts- und Herrschaftsmodell der *starken Ökonomie*.

#### *Starke Politik: neoliberales Empire*

Während somit beginnend in den 70er Jahren und dann dominierend in den 80er Jahren der Neoliberalismus sich als Logik und Form der *Herrschaft* und *Gesellschaftsregulierung* etablierte, welche die Ökonomie auf neue Weise stark machte, rückte nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Welt dann in den 90er Jahren sukzessiv zunächst die Frage nach der ökonomischen Transformation (»Globalisierung«) und danach die Frage nach der Neugestaltung des internationalen Systems in den Vordergrund. Denn eine globalisierte kapitalistische Ordnung wirft, ob man will oder nicht, die

Frage nach Herrschaft auf. Globalisierung meint ja nicht Austausch von Materialien, Waren oder Arbeit(kraft) oder Interaktion und Akteursvernetzung, sondern Globalisierung der Waren-, Geld- und Kapitalmärkte, des Kapitalverhältnisses und seiner Konkurrenz also, das diese Tauschprozesse und Interaktionen zu vermitteln vermag und hierzu eine global wirksame rechtliche und politische Form benötigt. Und hier gibt es nun offenbar eine Neugewichtung des Verhältnisses von neoliberaler Globalisierung und militärischem Globalismus bei dem Versuch, das Projekt eines neoliberalen Empire zu realisieren. Die imperialistische *Tradition* des Projekts hat eine Jahrhundertgeschichte – so gesehen ist es bislang nicht mehr als eine Episode. Sein neoliberales *Milieu* entstand in den letzten vier Jahrzehnten. Seine mächtigsten *Akteure* fanden sich im letzten Vierteljahrhundert. Seine Ambition, Praxis und das Profil seiner *grand strategy* konturierten sich in den 90er Jahren. Sein Katalysator und machtpolitischer Durchbruch endlich war 9/11. Der lange Irak-Krieg ist seine erste Probe. Schlägt sie fehl, womöglich dramatisch, ist dieses Projekt noch lange nicht aus der Wirklichkeit. Denn so etwas fällt nicht einfach vom Himmel und es geht schließlich um die Zukunft des Neoliberalismus und seines amerikanischen Zentrums.<sup>2</sup>

### *Das neuimperiale Projekt*

Tatsächlich existiert gegenwärtig keine explizite und durchsetzungsfähige sowie relativ kohärente *grand strategy einer starken Politik der Ordnung der Welt* außer der US-amerikanischen. Ihr Gedanke ist: Sicherung des globalisierten Kapitalismus durch *ein dauerhaftes American Empire, das nicht herausgefordert werden kann*. Ihr Ausgangspunkt ist eine Feststellung: Es gibt eine qualitativ neue globale Disparität der Macht, die Tony Judt in der *New York Review of Books* als eine neue globale Ungleichheit beschrieb: »Unsere Welt ist in vielfacher Weise geteilt: Zwischen arm und reich, Nord und Süd, westlich/nichtwestlich. *Aber mehr und mehr ist die Spaltung, die zählt jene, welche Amerika von allem anderen trennt.*«<sup>3</sup> Der zweite Gedanke ist, dass erstmals seit Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Ordnung das Ungleichgewicht der Mächte *auf Dauer* gestellt werden kann. Die strategische Idee operiert also im großen historischen Bezug: Sie konstatiert den *Ausgangspunkt* einer neuartigen qualitativen Machtdifferenz zwischen den USA und dem Rest der Welt (»American Empire«), formuliert ein außerordentliches *Ziel*, diese global auf Dauer zu stellen (»pax americana«) und hebt auch mit neuem Gewicht die *Methodik* einer aktivistischen Politik hierzu hervor (»military superiority beyond challenge«, »war against terror«, »prevention«), die sie mit dem Verweis auf die neue Privatisierung des Krieges durch Terrorismus legitimiert. Der Gedanke der globalen Souveränität meint, dass die USA international unilateral Regeln (z. B. über Allianzen und Blockbildungen) setzen, universell gültige Zielsetzungen formulieren (»expand liberty«), den Krisenfall (»Notstand«) bestimmen sowie die Unterscheidung zwischen Freund und Feind wie die damit verknüpfte Entscheidung über den Einsatz von Gewalt treffen und sich damit das exklusive Recht auf präventive militärische Intervention überall auf der Welt vorbehalten können. Ein solches neuimperiales

2 Zur Frage des American Empire ausführlich Rainer Rilling: *Outbreak. Let's Take Over. American Empire as Wille und Vorstellung*, Berlin 2004, <http://www.rainer-rilling.de/texte/american%20empire.pdf> (work in progress); Ders.: »American Empire« as will and idea. The new major strategy of the Bush administration, RLS Policy Paper 2/2003.

3 Tony Judt: *Review Its Own Worst Enemy*, in: *The New York Review of Books* v. 15. 8. 2002. Hervorhebung R. R.

Muster verbindet auf sehr *widersprüchliche* Weise traditionell neoliberale und imperiale Praxen miteinander – also den starken nationalen Sicherheitsstaat mit einem »small government«, den Shareholderkapitalismus mit einem staatsalimentierten Militär-Industrie-Komplex, die Unendlichkeit der globalen Finanzmärkte mit der Begrenztheit territorial ansetzender Geopolitik der Militär-, Rüstungs- und Extraktionsindustrie (Ö!), den Multilateralismus mit dem Unilateralismus, die Disziplin des freien Marktes mit der Disziplin des Militärischen und der neuen *landscapes of fear*, den politischen Kriegern, die für eine starke Politik kämpfen mit den Marktradikalen, die auf Schwächung des Marktstaates und der Politik aus sind, den Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Besitzbürger mit dem Besatzer.

Gespielt wird darum, ob ein neoliberales Empire der Anfang vom Ende von drei Jahrzehnten Neoliberalismus oder ein Neuaufschwung des neoliberalen Kapitalismus ist, ob es eine relativ stabile Form oder eine Passage zu etwas anderem wird, ob wir es zu tun haben mit einem *Empire in Decline* oder ob wir in ein *Rising Empire* hineinsteuern. Warum sollten potenzielle oder wirklich große Mächte eine solche Entwicklung und ihre dauerhafte Ausschaltung aus dem Spiel um die Welthegeemonie akzeptieren? Sie erhalten dafür eine Dienstleistung: eine globale Sicherung der kapitalistischen Weltordnung, die sie selbst oder kooperativ nicht leisten können. Wahrhaft ein *Big Deal*. Wer ist der unmittelbare Träger dieser Politik?

#### *Seine Subjekte*

Unmittelbar präsentiert wird diese *neuimperiale grand strategy* von einer über drei Jahrzehnte hinweg sich verdichtenden Allianz aus Think-Tanks, Stiftungen, Medien, Konzernen, Staatsapparaten und politischen Organisationen. Ihre Avantgarde: eine Gruppe neokonservativer konzeptiver Ideologen aus US-Think-Tanks und strategischen Planungseinrichtungen. Zusammen mit radikalreaganitisch geprägten Militärs und der evangelikal-fundamentalistisch christlichen Rechten bildeten sie den dynamischen politischen Kern der konzeptionell, strategisch und politisch dominanten *nationalistisch-neuimperialen Gruppe* in der zweiten Bush-Administration. Diese *heterogene Konfiguration der neuimperialen politischen Rechten* in den USA war eine auf den ersten Blick geradezu beispiellose politische Innovation, in der sich zusammenband, was bislang in gar keiner Weise zusammenzugehen schien. Eine solche Bildung eines gemeinsamen Machtkörpers aus neokonservativ-reaganitischen *warriors*, christlichen *Fundamentalists* und marktradikalen *Neoliberals* war eine Kopplung ganz ungewöhnlich heterogener Richtungen. Es gelang im Geist einer geduldigen Kombination von Pragmatismus und ideologischer Selbstsicherheit. Auch das politische Design des Wahlkampfes 2004 der Republikaner trägt seine Handschrift. Dieses Machtprojekt spiegelt, nimmt vorweg und imitiert im Nachhinein, was andernorts geradezu deckungsgleich geschah: die Bildung eines neuen, im Kern linken und antikapitalistischen, global ansetzenden politischen Raums von Seattle über Genua bis nach Porto Alegre und Mumbai, in dem sich eine ganz andere politische

Diversität zusammenband, die der neuimperialen Rechten das gegenimperiale Selbstverständnis einer neuen Multitude entgegengesetzte.<sup>4</sup>

Dieses Mikronetzwerk der Macht hat vieles gemeinsam: den Berufsverlauf im politischen Feld, oft Generationszugehörigkeit, vor allem aber die ideologische Orientierung, politische Schlüsselprojekte, Reichtum und ähnliche oder gar dieselben institutionellen Vernetzungen. Dazu gehören Intellektuelle, Wissenschaftler, Ideologen, Strategen, Demagogen, Visionäre, Politiker, Wirtschaftler, Machtbroker, Organisatoren und Netzwerker. Innerhalb der Bush-Regierung bildet dieses Netzwerk Cluster um den Vizepräsidenten, das Pentagon, den Nationalen Sicherheitsrat sowie das Justizministerium. In anderen Ministerien wie auch dem Außenministerium sind einzelne Verbindungsknoten installiert, das institutionelle Zentrum liegt im Pentagon. Die innere Struktur dieses Kerns ist heterogen; Gruppen mit hoher Interaktionsdichte und äußerst locker geknüpfte Netzwerke gehen zusammen. Zu ihrem Führungskern gehören Richard Bruce Cheney, Paul Dundes Wolfowitz, Donald Rumsfeld, Condoleezza Rice, Colin Powell, Richard Perle, William Kristol, Irv Lewis »Scooter« Libby, Douglas Feith, Richard Armitage, John R. Bolton, David Wurmser, James Woolsey, Zalmay Khalilzad, Elliott Abrams, Stephen J. Hadley, John F. Lehman Jr., Kenneth Adelman, Eliot Cohen, Eric Edelman Aaron Friedberg, Dov S. Zakheim, Peter Rodman, William J. Schneider, Stephen Cambone, Thomas Donnelly und Reuel Marc Gerech (Detailliert in: Rilling, 2004). Es gehören dazu *Think-Tanks* und *policy shops* wie: *Project for the New American Century* (PNAC), *Center for Security Policy* (CSP), *Committee for the Liberation of Iraq* (CLI), *Project on Transitional Democracies* (PTD), *Middle East Forum*, *National Institute for Public Policy*, *U.S. Space Foundation*, *National Strategy Information Center*, *Jewish Institute for National Security Affairs*, *Empower America*, *Institute for Religion and Democracy*, *Washington Institute*, *Institute for Religion and Public Life*, *National Institute for Public Policy*, *United States Committee for a Free Lebanon*, *Coalition for Democracy in Iran* (CDI), *Americans for Victory over Terrorism* oder das *Ethics and Public Policy Center*, sowie eine Reihe weiterer großer *Think-Tanks* und weiterer Einrichtungen der politischen Rechten, in denen Neokonservative zum Teil feste Machtpositionen haben und die zum Rückrat des Feldes der neuimperialen Strömung gehören: *Hoover*, *Heritage*, *Hudson Institute*, *American Enterprise Institute*<sup>5</sup>, *Center for Strategic and International Studies* (CSIS), *Jewish Institute for Security Affairs*, *Manhattan Institute for Policy Research*, *Jamestown Foundation*, *Lexington Foundation*, *Foreign Policy Research Institute*, *Nixon-Center*. Charakteristisch für das gesamte Netzwerk ist neben dieser institutionellen Verankerung die starke Präsenz bekannter neokonservativer und neuimperialer Autoren in einigen nationalen Medien wie dem *Wall Street Journal*, den *Fox News*, der *Washington Times* und der *New York Post* sowie ein Bündel eigener Zeitschriften wie *Public Interest*, *Policy Review*, *Public Opinion*, *National Review*, *The National Interest*, *The New Republic*, *American Spectator*, *Insight*, *Frontpage*, *First Things* und dem *Commentary Magazine* und Verlagen wie *En-*

4 Siehe Rainer Rilling: Geopolitik von links, in: Z, Nr. 55 (2003) <http://www.rainer-rilling.de/texte/poarari.pdf>; Michael Hardt, Antonio Negri: *Multitude. War and Democracy in the Age of Empire*, New York 2004.

5 Das 1943 gegründete AEI ist der mächtigste und ressourcenstärkste neokonservativ dominierte *Think Tank* in den USA. Mehr als zwei Dutzend AEI-Mitglieder sind unmittelbar oder über Beratungseinrichtungen in die Bush2-Regierung involviert, darunter Cheney, Bolton, Frum, Perle. Sein Jahresbudget liegt bei 25 Mio. \$, finanziert von allen großen konservativen Stiftungen sowie mehreren Dutzend amerikanischer Konzerne.

6 Zur Rolle dieser Stiftung, die in 18 Jahren bis 2003 über 500 Mio. \$ an Förderungsgeldern ausgab und zusammen mit den Stiftungen der Koch-Familie und der Olin-Stiftung als mächtigste rechtsstehende US-Stiftung angesehen werden kann, siehe Bruce Murphey: Neoconservative clout seen in U.S. Iraq policy, in: Milwaukee Journal Sentinel v. 6. 4. 2003 sowie generell Washington Post v. 2. 5. 1999

7 Corey Robin: Endgame. Conservatives after the Cold War, in: Boston Review 1/2004.

*counter Books* oder *Basic Books Publishing*. Als intellektuelles Leitorgan des Neokonservatismus gilt der 1995 von William Kristol gegründete *Weekly Standard*. Die Finanzierung des neokonservativ-reaganitischen Kerns dieses Netzwerks und seiner Einrichtungen erfolgt insbesondere durch Stiftungen wie *Lynde & Harry Bradley*<sup>6</sup>, die *Scaife*-Stiftungen, die *John M. Olin*, *Castle Rock*, *Smith Richardson*, *Carthage*, *Earhart*, *JM Foundation* und die Stiftungen der *Koch-Familie*. Die finanzielle Macht dieser Stiftungen ist beträchtlich: Richard Mellon Scaife – der enge Verbindungen zu Hoover, Heritage und PNAC pflegt – gehörte in den 90ern zu den 50 reichsten Privatpersonen der USA, die Koch-Industries sind das zweitgrößte private Unternehmen der USA.

Die neuimperiale Machtgruppe repräsentiert einen epochalen Wandel, in dem Ideen und Träume kulminieren, deren zeitgemäße intellektuelle Ursprünge sich über die Reagan-Administration auf die Regierungen Nixon/Ford in den 70er Jahren zurückverfolgen lassen, als sich in Reaktion auf die amerikanische Niederlage im Vietnam-Krieg und Nixons Entspannungspolitik gegenüber der UdSSR eine politische Richtungsdivergenz ausbildete, die für einen Großteil der späteren Schlüsselakteure Katalysator, Ressource, Umfeld, Erfahrung und Heimat war. Sie setzte damals auf Konfrontation statt Entspannung und auf militärische Macht, also auf *starke Politik*. Dies war die Geburt eines lange Zeit kaum bemerkten Paradoxons der Macht: Während auf der einen Seite die 70er Jahre den Durchbruch des neoliberalen Marktfundamentalismus und seiner *antipolitischen* Apologie des radikal freien Marktes und der ökonomischen Deregulierung brachten, bildete sich zugleich eine ganz andere, neue Linie der *starken militaristischen Politik*. Die Generation der Hohen Priester des *marktradikalen Neoliberalismus* in WTO, IMF und Weltbank ist dieselbe Generation wie die reaganitischen *political warriors* des Kriegskabinetts Bush. Ebenso wie in den 90ern die »Globalisierung« das imperialistische Codewort der ökonomischen Neoliberalen war, wurde im Folgejahrzehnt das »Empire« das imperialistische Codewort der militanten warriors. Für die *political warriors* war und ist weder Kultur noch Geschichte oder Ökonomie, sondern *Politik* der große Bewegende. Die Niederlage der USA im Vietnam-Krieg prägte ihr Bild von der amerikanischen Außenpolitik und der Beziehungen Amerikas zur Welt. Die Ökonomie des Kapitalismus ist für sie zwar eine selbstverständliche Handlungsprämisse, doch Markt, Geld und Unternehmertum und die Idole des wohllebenden Bourgeois sind nicht alles, schon gar nicht die höchste Errungenschaft der konfliktgeprägten Zivilisation, wie sie sie verstehen. Ihre ideologische Welt fokussiert sich auf die epische Größe Roms als die Utopie neuimperialer Macht, die Kultur des Kriegers und politische Moral. Sie sind eben »*politische Krieger*« (Robin)<sup>7</sup>, zuweilen diplomatisch (Powell), zumeist aber martialisch (Rumsfeld) – sie lassen sich durch ein paar Folterfotos nicht erschüttern. Als ganz eigenartige politische Generation unterscheidet sie sich von den zwei anderen herausragenden politischen Generationen der US-Außenpolitik: den »*Wise Men*« (Isaacson/Thomas) wie Acheson, Kennan, Harriman, McCloy, die nach 1945 die globale liberalimperialistische Ordnung des Kalten Krieges errichteten und den »*Best*

and *Brightest*« (Halberstam) wie den Kennedys, McNamara, den Bundys oder Rostows, die in den 60er Jahren für den Vietnam-Krieg verantwortlich waren und versuchten, den Einfluss der USA in der Dritten Welt und gegen den Kommunismus auszudehnen. Die erste Generation stammte aus den Welten des Business, der Banken und des Rechts. Die Wallstreet war ihre spirituelle Heimat. Sie konzentrierte sich auf den Aufbau internationaler ökonomischer, diplomatischer und rechtlicher Einrichtungen wie UN, IMF, Weltbank. Die zweite Generation hatte einen akademischen Hintergrund, ihre spirituelle Welt waren Cambridge, Harvard und Yale.

Die dritte Generation ist die Reagan/Bush-Generation der Cheney, Rumsfeld, Powell, Wolfowitz, Rice, Armitage, Libby, Feith, Khalilzad, Hadley oder Perle. *Sie ist die militärische Generation*. Ihre spirituelle Heimat ist das Pentagon. Diese Generation eint der gemeinsame Glauben an die überragende Relevanz der militärischen Macht Amerikas. In ihrem Dienst wurde sie gebildet und formierte sie sich. Außenpolitik sieht sie vorweg unter militärischer Perspektive. Sie konzentriert sich auf Fragen der nationalen Sicherheit und überläßt die Probleme der Ökonomie den Neoliberalen und den Führern des privaten Sektors. In den 70er und 80er Jahren arbeitete diese Generation daher am Wiederaufbau der amerikanischen Militärmacht nach Vietnam und kämpfte gegen die Rede vom *american decline*. Die Wende zu den 90er Jahren erlebte sie als den größten Triumph in der amerikanischen Geschichte: Die USA hatten den dritten, den Kalten Krieg gewonnen. In den 90er Jahren konzipierten die Aktivistinnen der *political warriors* eine neue offensive Schlüsselrolle des militärischen Faktors. Nach 9/11 ging sie dann daran, ein *militärimperiales Projekt* durchzusetzen. Zu Beginn ihres Aufstiegs waren die USA im Persischen Golf militärisch kaum präsent, am Ende waren sie zu einer Militärinvasion im großen Stil imstande. In diesen drei Jahrzehnten war ihr Aufstieg zur Macht verbunden mit dem Wiederaufstieg des amerikanischen Militärs zu einer exzeptionellen Machtposition »beyond challenge«. Die Republikaner gewannen sechs von neun Präsidentschaftswahlen und errichteten nach der Jahrtausendwende eine fast einmalige parlamentarische Dominanz. *Diese Generation erlebte diese Zeit als Erfolgsgeschichte und als Zeit, in der sie nicht scheiterte, sondern gewann*. Als Zeit, in der Amerika in ihrer Sicht erfolgreich als moralische, demokratieförderliche Kraft (»benign hegemon«) auftrat. *Nichts schien ihr am Ende unmöglich – auch nicht ein amerikanisches Imperium*. Sie überbrückt die zwei Einschnitte 1989/1991 und 2001, ihr Bezug ist ein anderer: »It is the story of the gradual rise of an America, whose strength is without precedent in the history of the world ... Between the early 1970 and 2003 American power rose gradually from its nadir, at the end of the war in Vietnam, to a position of incontestable military power.«<sup>8</sup>

*Der Blick auf diese Generation erhellt das zentrale Signum der Zeit dieser drei Jahrzehnte: den neuen Aufstieg der USA im internationalen System*. Diese Allianz repräsentiert diese Geschichte. *Ihr politisches Projekt bildete konzeptionell zunehmend eine imperiale Dimension aus. Politikpraktisch jedoch oszilliert es zwischen hegemonialem und imperialem Internationalismus*. Seine Konturen sind unscharf und strittig sind Grundfragen: gibt es schon ein American

8 James Mann: Rise of the Vulcans: the history of Bush's war cabinet, New York 2004, p. XIV.

Empire, ist es im Aufstieg, muss es erst hergestellt werden, wer oder was gehört dazu, wie realisiert es seine Macht? Das Projekt ist aber nicht voraussetzungslos, sondern knüpft an eine hegemoniale Traditionslinie der US-amerikanischen Außenpolitik an.

### *Seine Tradition: Machtsteigerung*

Der Außenpolitik der USA liegt nicht das Konzept der Gegenhegemonie, sondern der Grundgedanke der offensiven Expansion und aktiven Machtsteigerung zugrunde. Tatsächlich gingen sie nach der *inneren* Eroberung des Kontinents und dem Bürgerkrieg Ende des vorletzten Jahrhunderts zur aktiven *transkontinentalen Expansion* der amerikanischen Interessen und nach dem Zweiten Weltkrieg zum Kampf um *globale* Hegemonie oder Dominanz über. Sie dehnten in der Nachkriegszeit die räumliche Dimension ihrer Interessen ins Globale aus, schufen eine internationale Ordnung, die ihren Interessen förderlich war, kontrollierten das ökonomische, technische und vor allem das finanzielle System. Ihre Bündnispartner waren von ihnen abhängig und erhielten eine sozioökonomische und liberale Entwicklungsperspektive. Sie bauten eine Nuklear-, Luft-, Weltraum- und Schiffsmacht sowie ein System Hunderter militärischer Stützpunkte auf, die sie weltweit militärisch interventionsfähig machten und eine Kontrolle der regionalen strategischen Umgebung potenzieller Rivalen ermöglichten; sie schufen sich eine multilaterale Ordnung und Kultur des Zugangs in Europa und Ostasien. Und sie propagierten ein Set von Werten mit universellem Geltungsanspruch. Erstmals konnte so ein einzelner bürgerlicher Nationalstaat die alte zwischenimperialistische Konkurrenz eindämmen und eine *koordinierende* Funktion übernehmen, was zugleich bedeutete, dass die politisch-institutionellen Außenbeziehungen der kapitalistischen Kernstaaten, die sich bislang auf ihre Kolonien und von ihnen regional abhängige Staatenbünde richteten, nun auf die USA umorientiert wurden. Die Zeit des formellen Imperialismus mit seinen Merkmalen Staatsinterventionismus, Kolonialismus, Okkupation, Protektionismus und der Territorialpolitik mitsamt den Weltkriegskämpfen um die direkte Neuzu- und -aufteilung formell abgegrenzter Territorien war vorbei und damit die bisherige Konstellation einer Konkurrenz großer kapitalistischer Mächte, die Einflusszonen gegeneinander aufstellten. Kooperation zwischen den kapitalistischen Ländern geschah vorweg nicht durch Zwang, sondern durch Koordination und diese vollzog sich vor allem durch den Anreiz zum Replikat des *Amerikanismus*, der die avancierteste und verallgemeinerungsfähigste Form der kapitalistischen Produktion, Kultur und Ideologie präsentierte und als globaler Pol der Attraktion wirkte und wirkt: ein *empire by invitation* (Geir Lundestad). Die USA waren also nach 1945 nicht nur einfach die größte Macht unter den großen Mächten: sie *dominierten* zumindest den *Kern* des kapitalistischen Weltsystems. Die Ordnung der internationalen Politik außerhalb des sowjetischen Blocks wurde *sternförmig* neu konfiguriert (*hub-and-spokes-structure*). *Ihr souveränes nationalstaatliches Zentrum waren nun die USA*. Sie konzentrierten ihre Ressourcen darauf, den zunächst 1917 und dann nach 1945 in noch größerer Macht entstandenen globalen Rivalen zu beseitigen. Als das staatssozialistische

Bündnis zusammenbrach, war dieses Ziel erreicht. Seit 1990 setzen die USA ihre Politik der Expansion folgerichtig kontinuierlich fort: rapide Ausdehnung ihrer militärstrategischen Präsenz in Bereichen, in denen sie bislang noch nie Fuß fassen konnten: Balkan, Osteuropa, Zentralasien, Mittlerer Osten, wobei sie mehrere größere Kriege im Balkan und im Persischen Golf führten und in mehr militärische Konflikte verwickelt waren als in der Zeit des Kalten Krieges; sie versuchen, endgültig die strategische Kontrolle über den zentralen Rohstoff Erdöl zu erreichen, auf den potenzielle Hegemonialkonkurrenten zunehmend angewiesen sein werden; sie beanspruchen ein Recht auf präventive Intervention im globalen Maßstab. Und sie bauten ihre Kontrolle des globalen Finanzsystems massiv aus.

Die 90er Jahre waren in den USA also eine Zeit des Übergangs, in der die Achse einer Politik nach rechts rückte, die sich zunächst (unter Clinton) auf die hegemoniale Organisation der globalen Ökonomie fokussierte und parallel hierzu und danach einen neuen außenpolitischen Konsens in den US-Eliten bildete, der eine neue Qualität in der dauerhaften Ausdehnung der globalen Macht der Vereinigten Staaten thematisierte, noch unter Clinton zunehmend avisierte und am Ende dann unter Bush 2 in eine neuimperiale Perspektive radikalisierte. Am Ende des Jahrhunderts sind die USA unbestritten und eindeutig die einzige Großmacht im internationalen System – ob sie allerdings alle anderen Staaten oder auch nur Elemente dieses globalen Systems dominieren, sie führen oder gar imperial beherrschen, ist eine ganz andere Frage.

#### *Das erste Problem: Hegemonialkonkurrenz*

US-Außenpolitik war und ist durch das doppelte politische Ziel charakterisiert, »to make world safe for capitalism« und »to ensure American primacy within world capitalism.«<sup>9</sup> Die kapitalistische Welt zu sichern bedeutete grundsätzliche Frontstellung gegen tendenziell und real nichtkapitalistische Formationen zu beziehen, im Kern also: Beseitigung antikapitalistischer Formationen durch Integration oder Destruktion. Das Primat der USA zu sichern erforderte die Lösung zweier Aufgaben: Es geht um die *besondere* Dominanz in der Konkurrenzbeziehung zwischen den zentralen kapitalistischen Staaten ebenso wie um die *allgemeine* Dominanz im internationalen System. Das erste bedeutete die Realisierung dieser Zielsetzung unter geokräftepolitischem Aspekt, das Entstehen eines eurasischen Konkurrenten zu verhindern und seine potenziellen Randzonen (Westeuropa, Naher Osten, der »Pazifische Bogen«) zu kontrollieren. Dies ist das klassische, zentrale Ziel der US-amerikanischen Geostrategie. *Dies ist die Frage des politischen Imperialismus.* Es ging bereits im letzten Jahrhundert durchgängig für die USA darum, in einem »langen Krieg«<sup>10</sup> von 1917 bis 1989 konkurrierende Hegemonen im eurasischen Herzland einzusiegeln, zu zerschlagen und zu verhindern, dass andere Territorialstaaten in ihren Regionen mit den USA vergleichbare Hegemonialpositionen erreichten – unabhängig von ihrer sozialökonomischen und politischen Ordnung, ob sie kapitalistisch oder nichtkapitalistisch verfasst waren, ob es um die Staaten am östlichen (China, Russland) oder am westlichen (EU) Ende

9 Perry Anderson: Force and Consent, in: New Left Review, September/Oktober 2002, p. 5ff.

10 Philip C. Bobbitt: The Shield of Achilles: War, Peace, and the Course of History, New York 2002, p. 21ff.

des eurasischen Blocks ging. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus geht es für die USA allerdings nicht mehr nur um »Abschreckung« eines Konkurrenten, Gegners oder Feindes, sondern darum, *durch Blockade, Inklusion oder präventive Intervention bereits im Ansatz die Entstehung einer Situation der Konkurrenz selbst zu verhindern*. Dies ist die erste qualitativ neue Problemstellung, auf welche das Projekt des *neoliberal empire* zu reagieren versucht.

#### *Das zweite Problem: Weltordnung*

Sicherung des amerikanischen Primats bedeutet aber zum anderen noch weit darüber hinausgehend, das spezielle Tauschgut der USA im globalen Big Deal – die »Sicherung der Welt für den Kapitalismus« – so zu gestalten, dass sie zugleich dieses Primat befördert, indem sie das gesamte internationale politische und ökonomische System für die USA zugänglich und offen hält (*open door, free trade, access*), also Schließungen, Merkantilismus oder Autarkiepolitiken verhindert. Damit geht es um die Frage der Gestaltung des *gesamten* internationalen Systems und nicht »nur« um das Problem, wie man *einen* Hegemonialkonkurrenten verhindert oder ausschaltet. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus fallen Globalismus und Planetarismus erstmals weitgehend zusammen. Es geht nun tatsächlich erstmals um die unmittelbare Produktion von *Weltordnung*. Dies ist die zweite qualitativ neue Problemstellung, auf welche nun das Projekt des neoliberalen Empire zu reagieren versucht. Und dies ist das alleinige amerikanische Projekt der Gegenwart. *Man kann dies deshalb die Frage des Empire nennen*. Die atemberaubende Radikalvariante dieser Zielsetzung ist nicht aus der Welt, aber noch kaum in ihr: die Option, nicht mehr die Welt für Amerika sicher zu machen, sondern aus Amerika die Welt und aus der Welt Amerika zu machen: *globus americanus*.

Der Begriff Empire nun wird in der seit 2001 aufflammenden Debatte meist für einzelne Bereiche zugelassen, selten aber zur Bezeichnung einer Ordnung oder eines Systems. Tatsächlich gehen imperiale Projekte auf ein Ganzes, das sie von anderen Ordnungen unterscheidet. Die Qualitäten, welche eine imperiale Unternehmung ausmachen, haben unterschiedliches Gewicht und jedes dieser Merkmale für sich genommen findet sich auch anderswo.

Wo die zentrale politische Grundform des globalisierten Kapitalismus der Nationalstaat ist,<sup>11</sup> muss jedes imperiale Projekt ein Problem lösen: Es existiert eine grundsätzlich widersprüchliche Beziehung zwischen der Dynamik einer vorhandene – auch territoriale – Grenzen ständig neu überwindenden kapitalistischen Akkumulation einerseits und der beharrenden und »konservativen« territorialen Logik der Politik in ihrer nationalstaatlichen, lokalen und regionalen Form andererseits. Ständig oder zumindest grundsätzlich muss eine delikate Balance gehalten werden »between keeping the world open enough to allow the capitalistic logic to unfold relatively free of constraints and keeping territorial logics stable and confined enough to prevent the rise of any grand challenge to US military and political dominance.«<sup>12</sup> Die Realisierung der doppelten Zielstellung der Sicherung des kapitalistischen Weltsystems und seiner Akkumulation einerseits, der Dominanz der USA in einem relativ stabil aufgestell-

11 S. Ellen Meiksins Wood: *Empire of Capital*, New York & London 2003, p. 141: »The political form of globalization ist not a global state or global sovereignty ... The very essence of globalization is a global economy administered by a global system of multiple states and local sovereignties, structured in a complex of domination and subordination.«

12 David Harvey: *The New Imperialism*, Oxford 2003, p. 84.

ten und sicheren Staatensystem andererseits stellt sich dar in der Form eines *informal American Empire*, das diese beiden Momente der geopolitischen Stabilisierung (»cop«) und der gleichzeitigen Relativierung (Akkumulation) durchsetzen und bearbeiten muss. Die territoriale Logik globaler Hegemonie vollzieht sich als ein Empire, das durch ein Staatensystem *informell* herrscht – dessen »formelle« Struktur es nur dann verändert, wenn ein »Schurkenstaat« aus dem kapitalistischen Akkumulationsraum auszuschneiden versucht (»state change«) – und welches daher die »Offenheit« und die *open door* (eben auch für die hegemoniale Penetration seiner Machtinteressen und der Diffusion des »Amerikanismus«) zum globalen Wert verdinglicht: »be open to people, ideas, and goods from across the globe« (National Security Directive 2002).

*Das amerikanische Imperium war somit von Beginn an informell. Durchdringung von Grenzen, nicht ihre Auflösung ist sein Arbeitsmodus.* Es funktioniert nur »durch« und vermittelt real existierender nichtamerikanischer Nationalstaaten, die zu »penetrated systems« (James N. Rosenau) werden. Es war kein *command empire* (Gowan). Panitch/Gindin's Charakterisierung des zentralen Problems der US-amerikanischen Politik ist daher zuzustimmen: »The need to try to refashion all the states of the world so that they become at least minimally adequate for the administration of global order – and this is now also seen as a general condition of the reproduction and extension of global capitalism – is now the central problem for the American state.«<sup>13</sup>

Das Projekt eines US-amerikanischen imperialen Neoliberalismus ist »an attempt to merge the America whose business is business with the America whose business is war«.<sup>14</sup> In ihm kontiniert sich die Kultur der Zusammenballung und neuen Zentralität der Macht, die der Neoliberalismus und seine Kontrollindustrie für die weltweit verteilte Produktion seit drei Jahrzehnten hervorbringt und verdichtet sich in einem politisch imperialen Zugriff. Dieses Projekt zu Fall zu bringen, ist von entscheidender Bedeutung für die zukünftige Gestalt der globalen politischen Ordnung – und deren innerer Verfassung. Eine von vielen Anfängen ist dabei, diesem Projekt seinen richtigen Namen zu geben: Empire.

13 Leo Panitch, Sam Gindin: *Global Capitalism and American Empire*, in: *Socialist Register* 2004.

14 Pieterse, *Globalization*, a. a. O., p. 45.

## KLAUS-RAINER RUPP

# Das TAMARA-Projekt

Eigentlich fing alles mit einem Wortspiel an. Ich war bei der Vorbereitung für eine Veranstaltung zum Thema Beteiligungshaushalt in Porto Alegre und überlegte mir ein paar einleitende Worte. Kaum angefangen, stolperte ich zu meinem Ärger wieder mal über TINA. »There is no alternative«, das Mantra der neoliberalen Glaubenskrieger. Nun ist aber grade Porto Alegre ein gutes Beispiel für Alternativen zu neoliberalen Politikmustern. Das wollte ich bei der Begrüßung hervorheben und suchte deshalb nach einer »Frau«, die ich TINA entgegenstellen konnte, und nach einigem Pusseln mit Buchstaben und Wörtern wurde TAMARA geboren. »There are many and real alternatives«, es gibt viele und realistische Alternativen. Meine Begrüßung wurde dann auch mit freundlichem Beifall bedacht und das kleine Spiel mit Worten hatte eigentlich bereits seine Schuldigkeit getan.

Klaus-Rainer Rupp –  
Jg. 1955, Dipl. Ing. (FH)  
Verfahrenstechnik, seit 1984  
Inhaber eines Ingenieur-  
büros für Steuerungs- und  
Automatisierungstechnik.  
Seit 2000 Landesvor-  
sitzender der PDS Bremen,  
Mitglied im Beirat der  
kommunalen Vertretung  
»Östliche Vorstadt« in  
Bremen. Zuletzt in UTOPIE  
kreativ: Beteiligungshaus-  
halt als linke Alternative  
zur »Bürgerkommune«, Heft  
158 (Dezember 2003)

»Die transzendenten  
Entwürfe müssen, um  
wirkungsmächtig werden zu  
können, mit realen Möglich-  
keiten übereinstimmen ...«  
Herbert Marcuse: Der ein-  
dimensionale Mensch.  
Studien zur Ideologie der  
fortgeschrittenen Industrie-  
gesellschaft. München  
1998, S. 232.

Aber wie es manchmal so ist mit Abkürzungen, Worten und Losungen, sie setzen sich irgendwo im Hinterkopf fest und verbreiten dort eine kreative Unruhe. Ein paar Wochen später, während ich auf einer Aktionskonferenz im Plenum saß und die Ausführungen des aktuellen Redners nicht dazu geeignet waren, meine Aufmerksamkeit zu fesseln, meldete sich TAMARA wieder zu Wort und fragte mich: »Warum bin ich eigentlich so wichtig und wenn ich wichtig bin, warum kennen mich noch zu wenige?«. Was bleibt mir übrig, als diesen Fragen nachzugehen.

Die folgenden Thesen sind der erste Versuch, meine Antworten zusammenzufassen. Und wenn im Text zwangsläufig immer wieder von Alternativen geschrieben ist, so meine ich damit Alternativen zur neoliberalen und marktradikalen Ideologie in ihren theoretischen Ansätzen und ihrer praktischen Umsetzung, sowohl auf globaler als auch auf nationaler und regionaler Ebene. Ich denke dabei sowohl an bisher nicht oder nur in Ansätzen realisierte Alternativen als auch an praktische Beispiele.

Worin liegt eigentlich die Bedeutung von politischen Alternativen?

*Nur durch die Popularisierung von vorhandenen und möglichen Alternativen ist die Meinungsführerschaft des neoliberalen Aberglaubens langfristig zu brechen.*

Propagandistischer Kern neoliberaler Politik ist die ständige Perpetuierung ihrer Unausweichlichkeit. Um diesen Mythos zu erhalten, müssen gedachte und auch schon verwirklichte Alternativen tot

geschwiegen oder diskreditiert werden. Es reicht deshalb nicht, die Ziele und Hintergründe neoliberaler Politik zu entlarven und ihre negativen Folgen zu propagieren. Beides ist, mehr oder weniger konkret, vielen Menschen längst klar, bzw. sie erfahren es bitter an der Verschlechterung ihrer Lebensumstände. Jüngste Umfragen belegen das. Sie belegen aber auch, dass sich längst eine doppelte Akzeptanz breit gemacht hat. Eine resignative Akzeptanz, die sich in das scheinbar Alternativlose fügt und die Menschen wehrlos macht, und eine positive Akzeptanz, die in offenen Sozialchauvinismus mündet. Denn es ist auch gelungen, den Armen, den Alten, den Kranken, den Erwerbslosen, den Sozialhilfebeziehern, den Alleinerziehenden und vielen anderen Betroffenen die Schuld für die Krise unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft insgesamt in die Schuhe zu schieben. Es muss also gelingen, Alternativen populär zu machen, sonst wird es nicht gelingen, Resignation zu überwinden und Sozialchauvinismus zu bekämpfen.

»Unsere Macht ist nicht die Macht der Mächtigen. Ganz im Gegenteil. Unsere Macht ist die Macht zu tun, kreative Macht.«  
John Holloway: Macht Demokratie! Vortrag auf der Sommerakademie 2003 von ATTAC-D in Münster,  
<http://www.staytuned.at/sig/0026/32939.html>

*Die derzeitigen Protestbewegungen laufen ins Leere, wenn sie den Protest nicht mit dem Kampf um Alternativen verbinden.*

Am Ende jeder Demonstration und jeder Aktion steht die Frage, wie weiter? Vorwärts zur nächsten noch größeren Aktion? Vorwärts zum Generalstreik? Die Bereitschaft, sich an Demonstrationen und Aktionen zu beteiligen, sie zumindest richtig und notwendig zu finden, ist gestiegen. Die Forderung nach der Rücknahme von Verschlechterungen ist notwendig und ihre Durchsetzung wäre ein großer Erfolg. Aber wenn es weiter gehen soll, dann müssen wir, die wir solche Forderungen erheben, uns die Frage gefallen lassen, wie wir die aktuellen gesellschaftlichen Probleme lösen wollen. Und dann ist eines sicher, mit vergleichsweise leeren Phrasen oder einem Verweis auf eine ferne Zukunft, in der wir schon Lösungen finden werden, ist es nicht getan. Vor allem nicht, wenn wir deutlich mehr Menschen gewinnen wollen. Versprechungen auf ein »Leben nach dem Tod« zeitigen keine Wirkung, wenn es gilt, Menschen zu motivieren, an der Veränderung ihrer Lage hier und heute mitzuarbeiten.

*Die Grenzen der derzeitigen Protestbewegungen sind eher nicht der Mangel an Alternativen, sondern der Mangel an realisierbar scheinenden Alternativen.*

Natürlich müssen für viele Fragen noch Antworten gefunden werden, und viele Fragen sind auch noch nicht gestellt, aber Alternativen zur neoliberalen Politik sind schon vielfach durchdacht, aufgeschrieben und in bestimmten Grenzen auch propagiert. Sie werden an vielen Stellen der Welt bereits ausprobiert und gelebt. Aber sie unterliegen dann, wenn man sie in die Diskussion bringt, in aller Regel einer mehrfachen Skepsis. Oft wird zunächst die Durchsetzbarkeit angezweifelt. Aber das ist oft nur vordergründig. Bohrt man tiefer, glauben viele einfach nicht, dass das, was wir vorschlagen, in der gegenwärtigen Gesellschaft und vor allem im Alltag funktioniert. Und wenn viele Menschen den Eindruck haben, dass unsere Alternativen vielleicht theoretisch keine schlechten Ideen sind, aber im Alltag nichts taugen, sind sie natürlich auch nicht bereit, uns bzw. entsprechende soziale Bewegungen zu unterstützen.

»Wenn du einen mächtigen Mann triffst, stelle ihm fünf Fragen: Welche Macht hast du? Wie hast du sie bekommen? In wessen Interesse übst du sie aus? Wem bist du rechenschaftspflichtig? Und wie können wir dich loswerden?«

Aus einem Interview mit Tony Benn, linker Aussen-seiter in der Labour Party, <http://www.pda.ch/vorwaerts/1997/20gesellschaft.html>

Welchen Hemmnissen unterliegt die Diskussion, Entwicklung und Umsetzung von Alternativen?

*Vorhandene Alternativen sind nicht genügend bekannt.*

Auf unterschiedlichen Ebenen, in vielen Organisationen, in den Köpfen von einzelnen Menschen, an vielen Orten gibt es sie, die viel beschworenen Alternativen, aber es wissen noch zu wenig Menschen von ihnen. Zu mächtig ist die Medienmacht des Neoliberalismus, zu isoliert sind die gedanklichen Quellen und auch die praktischen Erfahrungen mit einer anderen Art der Politik. Alternativen müssen bekannter werden und zwar nicht nur in Form von vorgefertigten und fertigen Konzepten, sondern vor allem auch in Form von Foren, in denen über Alternativen diskutiert werden kann. Wir müssen nicht nur dafür sorgen, dass viele Menschen unsere Alternativen kennen, sondern ihnen auch Wege aufzeigen, wie sie sich an ihrer Entwicklung beteiligen können. Es müssen ihre Alternativen werden.

*Die Realisierung von Alternativen ist abhängig davon, inwieweit ihre Realisierung möglich erscheint.*

Das ist nur auf den ersten Blick ein Paradoxon. Wie eingangs schon erläutert, können langfristig nur Alternativen, die auch Alltags-tauglichkeit vermitteln, Vertrauen und Engagement initiieren. Aber die Skepsis ist groß und sie geht noch tiefer. Es wird bezweifelt, dass diejenigen, die bessere Lösungen vorschlagen, also z. B. die PDS, dann wenn sie die Möglichkeit haben, diese auch umsetzen. Nicht zuletzt die Bundesregierung von SPD und Grünen hat dafür eindrucksvoll Beispiele geliefert. Die Enttäuschung über Schröder und Fischer sitzt tief und ist im Konkreten natürlich berechtigt, stellt aber mittlerweile alle Organisationen, die vorgeben, etwas zu Gunsten der von den Verschlechterungen Betroffenen tun zu wollen, unter einen Generalverdacht. Es wird mehr oder weniger offen unterstellt, dass man nur »an die Macht will«, um dann die vorgegebenen Ziele zu verraten. Wir stehen also einerseits vor der Aufgabe, deutlich zu machen, dass unsere Alternativen gemeinsam durchsetzbar wären und dass sie funktionieren, aber vor allem, dass wir an Alternativen arbeiten, die nicht »Macht« für uns, sondern wieder Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten für die Menschen in ihrem Alltag bedeuten. Gelingt das, dann scheinen unsere Alternativen nicht mehr unrealistisch, sondern realisierbar. Nur dann fassen sie Fuß in der Vorstellungswelt von Menschen. Nur dann erreichen wir, dass sich mehr Menschen an der Entwicklung und Umsetzung von Alternativen beteiligen, und nur dann können sie realisiert werden.

*Vorhandene Alternativen sind nicht genügend informativ, verständlich und plakativ aufbereitet.*

Die Komplexität der aktuellen gesellschaftlichen Situation spiegelt sich naturgemäß auch in der Komplexität realistischer Alternativen und in der Diskussion darum. Sie spiegelt sich aber allzuoft auch in der Art ihrer Verbreitung. Hier gilt es Brücken zu bauen. Es muss leicht sein und auch in gewisser Weise unterhaltsam und spannend, über die Möglichkeiten einer anderen Politik zu lesen und zu hören. Wir leben in einer multimedialen Welt und beschränken uns noch zu

oft auf »bimediale« Verbreitung unserer Ideen. Wir schreiben sie auf und verkünden sie auf Podien. Filme und Fotos, Aktionen, Tanz, Theater und Lieder, aber auch das offene Gespräch, der Workshop usw. bieten deutlich mehr Möglichkeiten. Wenn wir uns in der Propagierung unserer Ideen nicht aus unserer Art der Diskussion und Aktion, aus unserer Sprache und aus unseren Wahrnehmungsgewohnheiten hinausbewegen, wird es schwer fallen, andere einzubeziehen, uns anderen verständlich zu machen.

*Die Information über Alternativen setzt nicht genügend an der Alltagswahrnehmung vieler Menschen an.*

Vieles, was als Alternativen propagiert wird, ist denen, für die sie attraktiv sein sollen, eher fremd oder einfach zu weit weg. Argumentationsstränge müssen sich vom Bekanntem zum Unbekannten entwickeln. Das Lebensumfeld, die Arbeitswelt, die Schule, der Stadtteil müssen verstärkt die Anknüpfungspunkte sein, um über eine andere Welt zu diskutieren. Ich glaube, nur wer deutlich machen kann, dass er für das Unmittelbare Lösungen entwickeln kann, gewinnt Vertrauen auch für Lösungen, die das weiter Entfernte einschließen, ein Vertrauen, das der oben beschriebenen Skepsis entgegenwirkt.

*Vorhandene Alternativen sind ungenügend untereinander verknüpft.*

Die Entwicklung von Alternativen erfolgt naturgemäß zunächst in den einzelnen Politikfeldern und in der breiten Palette der Organisationen, an den Universitäten und Hochschulen etc. Dort dürfen sie aber nicht verbleiben. Erst wenn es gelingt, die verschiedenen Konzepte miteinander zu verknüpfen, sie untereinander korrespondieren zu lassen, ihre gegenseitige Kritik zu ermöglichen, entsteht ein Gesamtszenario. Ein solches Szenario sollte jedoch nicht den Eindruck des Endgültigen und Statischen vermitteln, sondern vielmehr eine mögliche Realität zeigen, schärfer und detaillierter als eine verschwommene Vision, aber eben nicht zwangsläufig und unveränderbar. Ein solches Szenario sollte auch nicht eine Entscheidung dafür oder dagegen provozieren, sondern Menschen zum Mitgestalten motivieren. Gelingt es, alternative Politikkonzepte auf diese Weise zu einem Gesamtszenario zusammenzufügen, scheinen sie wiederum realisierbarer, weil ihre Wechselwirkungen deutlicher werden, weil die Propagandisten und Akteure miteinander kommunizieren, weil sich Gemeinsamkeiten in der Intention zur Entwicklung von Alternativen herauskristallisieren.

*Die Verbreitung von Alternativen ist weniger ein Vermittlungsproblem, denn Beteiligungsproblem.*

Forderungen entwickeln sich aus alternativen Konzepten, diese wiederum aus wissenschaftlichem und politischem Diskurs. Leider sind solche Diskurse tendenziell sektiererisch. Die unmittelbar Beteiligten leben in einer eigenen Welt, sprechen eine nur ihnen verständliche Sprache, haben eigene Riten und Gebräuche und haben eine missionarische Grundhaltung zum Rest der Welt. Die Aufgabe besteht also darin, Diskurse durchschaubar und verständlich zu machen, und es muss gelingen, Menschen, die nicht unmittelbare Teil-

nehmer des Diskurses sind, an eben diesem zu beteiligen. Gelingt es, den Diskurs sowohl in seiner Struktur als auch inhaltlich transparent zu machen, erzeugt das Vertrauen auch bei denen, die den Diskurs nur beobachten. Gelingt es darüber hinaus, Beteiligungsmöglichkeiten und Beteiligungsanreize für ein breites Spektrum von Interessentinnen und Interessenten zu schaffen, erhöht sich wiederum die Popularität und das Vertrauen.

Hier ist eine Ideenskizze zur praktischen Umsetzung.

*Also brauchen wir ein TAMARA-Projekt.*

Die Notwendigkeit zur Propagierung und Weiterentwicklung von Alternativen ist nun hinlänglich begründet. Es drängt sich also auf, die hier skizzierten Thesen in der Realität zu überprüfen. Dazu brauchen wir ein TAMARA-Projekt. Ein Forum, in dem unterschiedliche Akteure ihre Alternativen vorstellen, untereinander diskutieren und veröffentlichen. Ein Forum mit einem hohen Maß an Zugänglichkeit für Interessentinnen und Interessenten. Wobei Zugänglichkeit nicht nur im technischen Sinn gemeint ist sondern auch im Sinne von Verständlichkeit und der Teilnahmemöglichkeit.

*Ein TAMARA-Projekt braucht Strukturen, aber welche?*

In erster Näherung sind mir Kegel als geometrisches Modell einer denkbaren Struktur in den Sinn gekommen. Denken wir uns Kegel, die nebeneinander stehen und die wir von oben betrachten.

Ihre Spitzen bilden die »*plakative Ebene*«. Es ist die Ebene der Schlagwörter und Losungen, die Ebene der Leitbilder und Forderungen. Es ist auch die Ebene der Provokation und des Weckens von Neugierde. Da ich sie gedanklich von oben betrachte, ergibt sich ein Bild, ein Szenario, weil sich die Inhalte nach Politikbereichen ordnen, ohne aus dem Bild zu fallen.

Unterhalb der plakativen Ebene befindet sich die »*informative Ebene*«, hier werden Schlagwörter, Forderungen etc. kurz und prägnant in konkretere Aussagen aufgeschlüsselt, erklärt und begründet. Es ist die Ebene des Werbens. Hier gilt es, die durch die plakative Ebene gewonnene Aufmerksamkeit zu vertiefen.

Eine Ebene tiefer geht es ins Detail. Ich habe sie »*edukative Ebene*« genannt. Hier finden wir umfangreiches Argumentationsmaterial, Untersuchungen zum Thema etc. Hier kann man sich schlau machen.

Es bleibt darunter die »*diskursive Ebene*«. Hier ist das Forum, in dem die Konzepte, Inhalte, Erfahrungen etc. diskutiert werden, um den Gegenstand der Diskussion zu optimieren. Hier findet sowohl wissenschaftlicher Diskurs als auch öffentliche Debatte statt.

Damit haben wir eine grobe Orientierung hinsichtlich der vertikalen Strukturen. Das Modell verfügt natürlich auch über horizontale Verbindungen. Dadurch, dass die Spitzen der Kegel (also die plakative Ebene) ein Gesamtbild vermitteln, ergibt sich ein erstes horizontales Moment. Auf der informativen Ebene gibt es Verbindungen zwischen den Kegeln. Querverweise auf den Nachbarn oder drüber hinaus. Spätestens ab Mitte der dritten Ebene sind die Kegel miteinander verschmolzen.

Aber das Kegel-Modell erschien mir dann doch zu statisch, lediglich dreidimensional. Vielleicht ist das TAMARA-Projekt zunächst

eine virtuelle Stadt (oder eine kleine Region). Mit Häusern und Plätzen, mit Straßen und Einrichtungen. Es gibt Schulen und Krankenhäuser, Fabriken und Büros, Sportanlagen und Theater, Bauernhöfe und Naherholungsgebiete. Aber es ist nicht die Stadt der Neoliberalen, sondern unsere Stadt, unsere Region. Die Fassaden der Häuser bilden die plakative Ebene, die Foyers die informative Ebene, die Versammlungssäle, die Wohn- und Arbeitszimmer die edukative und diskursive Ebene. Die Straßen und Plätze sind öffentlicher Raum.

#### *Vorschlag für ein TAMARA-Projekt im Internet*

Das sind natürlich zunächst Gedankenspiele und vielleicht Träumereien und es stellt sich die Frage, wie man TAMARA-Stadt Leben einhauchen kann. Als ersten Schritt bietet sich das Internet an. Hier finden wir die technischen Voraussetzungen und die Erfahrungen die wir brauchen, um den hier herausgearbeiteten Kriterien an ein solches Projekt gerecht zu werden. Die Entwicklung, Verbreitung und Nutzung von Open Source Software ist selbst ein solches TAMARA-Projekt. Als Alternative zu Microsoft ist es gelungen ein funktionsfähiges preisgünstiges, stabiles, alltagstaugliches Betriebssystem und dazugehörige Software zu entwickeln. Der Quellcode dieser Software ist allen zugänglich, jeder und jede kann sie weiter entwickeln, und durch einen Prozess von Moderation und Diskurs fließen die Weiterentwicklungen in den Kern des Betriebssystems ein.

Es erscheint mir nicht unmöglich, eine Website ins Leben zu rufen, auf der unterschiedliche Parteien, Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen ihre Alternativen nach der oben beschriebenen Struktur einbringen, einen Kegel gestalten, ein Haus bauen. Dabei wird in der Gemeinschaft der Akteure über »Baugenehmigungen« entschieden. Die »Eigner« der Häuser tauschen sich aus, und es entstehen auch »Modellhäuser«, die die mehrheitlich befürworteten Alternativen zusammenfassen, ohne Minderheiten aus der Stadt zur verbannen. Es käme auf einen Versuch an.

#### **Ebenen des Tamara-Projektes**

